

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 287.

Breslau, Donnerstag, den 8. Dezember 1910.

21. Jahrgang.

Krupp.

Seitdem die Firma Krupp in eine Aktiengesellschaft umgewandelt worden ist, erfährt die Öffentlichkeit alljährlich einige Ziffern aus der Bilanz dieses größten deutschen Montanunternehmens. Aber die wenigen Zahlen, die die Verwaltung der Kruppischen Werke veröffentlicht, geben selbstverständlich keinen Aufschluss über die Rentabilität der Kruppischen Werke, da die Aktiengesellschaft Friedrich Krupp in Essen eine sogenannte Familiengesellschaft ist, die Aktien befinden sich im Besitz der Kruppischen Erben, sind die Angaben noch dürftiger als in den Berichten anderer großer Gesellschaften, die immerhin etwas Rücksicht auf ihre Aktionäre nehmen müssen. Nach der jetzt veröffentlichten Bilanz für das Geschäftsjahr 1909/10 beträft der Jahresüberschuss der sämtlichen Werke nach Abschreibungen von 18,83 Millionen Mark 32,737 Millionen Mark. Ein Vergleich mit den Ergebnissen der Vorjahre ergibt folgendes Bild:

	1907/08	1908/09	1909/10
Abschreibungen	18,83 Mill. Mk.	17,17 Mill. Mk.	18,83 Mill. Mk.
Betriebsüberschuss	28,87	27,88	32,74
Reingewinn	18,48	15,60	21,26
Dividende	8 Proz.	8 Proz.	10 Proz.

Aus dem Reingewinn werden zunächst 5 Prozent der gesetzlichen Rücklage überweisen, der Sonderrücklage wird eine Million zugeführt, der fassam bekannten Pensionskasse resp. Arbeiterstiftung gleichfalls eine Million, der Aufsichtsrat empfängt an Lantkeme 210.000 Mark. Zur Zeit gehören zum Aufsichtsrat Dr. Gustav Krupp v. Bohlen und Halbach, der den Vorsitz hat, der Geheimrat August v. Sinsin in Berlin, der Bankier Ludwig Delbrück in Berlin, der Vizeadmiral z. D. Hans Sack in Berlin, ferner Finanzrat Ludwig Klippel, der früher dem Direktorium der Gesellschaft angehörte.

In den knappen Ausführungen des Geschäftsberichts wird betont, daß die bei der Firma bestehenden Pensionskassen für Beamte und Arbeiter in abgesonderter Verwaltung stehen, ihr in mündelsicheren Werten angelegtes Vermögen läuft daher nicht durch die Bilanz der Firma.

Die Steigerung des Reingewinnes gegenüber dem Vorjahre um 6 Millionen Mark nach erhöhten Abschreibungen und die Erhöhung der Dividende von 8 auf 10 Prozent beweisen, daß das Jahr 1909/10 für die Kruppgesellschaft, wie für alle anderen gemischten Werke, erhebliche Mehrerträge erbrachte. Von einem Handelsblatt wird darauf hingewiesen, daß beim „Phönix“, dem nächstgrößten deutschen Montanunternehmen, der Reingewinn eine noch weit größere Zunahme erfahren hat, und zwar von 12,14 Millionen im Jahre 1908/09 auf 19,25 Millionen, also um 7,11 Millionen Mark. Es wäre jedoch ein arger Fehlschluß, wenn daraus gefolgert werden sollte, daß der Phönix höhere Gewinne erziele als Krupp. Beim Phönix spielen die Bankeninteressen eine ausschlaggebende Rolle, besonders für das letzte Jahr haben die Großbanken in Rücksicht auf verschiedene Transaktionen und vorhergegangene Kunststreiberien in den Phönixaktien usw. möglichst hohe Gewinnziffern herausbringen wollen. Für Krupp kommen derartige Interessen in Fortfall, so lange die Aktien im Familienbesitz bleiben, die Kruppgesellschaft hat im Gegenteil ein weit größeres Interesse daran, ihre Gewinne möglichst gering erscheinen zu lassen. Schon bei der Gründung der Aktiengesellschaft Krupp ist nach dem allgemeinen Urteil der Fachwelt durch Berechnung der eingebrachten Werte usw. diesem Vorstreben in weitestem Maße Rechnung getragen worden. Diese Art der Gewinnberechnung und der Berichterstattung der Aktiengesellschaft Krupp, die bekanntlich noch an vielen anderen Großbetrieben des In- und Auslandes, sowie an internationalen Kartellen und Trustgeburden beteiligt ist, zeigt von neuem die dringende Notwendigkeit der Staatskontrolle über Aktiengesellschaften und andere großkapitalistische Unternehmungen; denn die Geschäftsführung eines Ringes von Riesenwerken, die dazu für Staatslieferungen noch ein Monopol haben, kann keine private Angelegenheit mehr sein.

Politische Uebersicht.

Die Niederlage des Zentrums

Bei der Landtagswahl in Breslau zieht naturgemäß die Aufmerksamkeit auch der auswärtigen Presse auf sich. Nebenher wird hervorgehoben, daß nur das gemeinsame Wirken der Linksparteien den Sieg möglich machte, aber auch ernste Mahnungen werden an die Adresse der Liberalen gerichtet. So schreibt das „Berliner Tageblatt“:

Die Breslauer Nachwahl zum Abgeordnetenhaus hat zu einem höchst merkwürdigen Ergebnis geführt. Am Freitag wurde in Labiau-Wahlau der Konservativen eine — hoffentlich definitive — Niederlage beigebracht, gestern ist in Breslau einem Zentrumskandidaten das gleiche Schicksal widerfahren. Der blauschwarze Block hat sein Glück... Was die Breslauer Wahl angeht, so war es bekanntlich nicht leicht, die reaktionäre Mehrheit zu erlangen, da bei der Erstwahl für den verstorbenen Abgeordneten Biesche nur eine teilweise Erneuerung der Wahlmänner stattfand. Worauf es ankam, das war die Bekräftigung der blauschwarzen Mehrheit und in dieser Beziehung hat die gestrige Wahl den liberalen Erwartungen entsprochen. Die Reaktion ist um eine hitere Enttäuschung reicher. Allerdings muß anerkannt und bereitwillig ausgedrückt werden, daß der Sieg des freisinnigen Kandidaten Ehlers nur durch die sozialdemokratische

Wahlhilfe möglich geworden ist. Schon jetzt darf damit gerechnet werden, daß bei einem freisinnig-sozialdemokratischen Wahlbündnis alle drei Breslauer Mandate der Linken zufallen würden. Wir freuen uns aber über den Breslauer Erfolg nicht bloß, weil er dem Zentrum einen Denkwürdigen verleiht, sondern auch wegen der Persönlichkeit des gewählten Abgeordneten Dr. Otto Ehlers, in dem die fortschrittliche Volkspartei eine ausgezeichnete Kraft gewonnen hat.

Deutlicher als das „Tageblatt“ bezeichnet die „Berliner Volkszeitung“ die Umstände, unter welchen in Zukunft gewählt werden muß. Sie schreibt:

Der schwarze Block, der bisher in Breslau seine reaktionären Organe füttern durfte, ist am gestrigen Tage zerfallen. Diesmal ist allerdings nur der schwarze Kartellbruder, der die leer gebliebene Stelle des Zentrumskandidaten ausfüllen sollte, fast gestürzt worden! Bei der nächsten Landtagswahl werden die beiden konservativen Kartellbrüder nachfolgen. Es wird dadurch von der Stadt Breslau ein schwerer Druck genommen, der jahrelang verwehrend und verflüchtend auf das öffentliche Leben der Hauptstadt Schlesiens gewirkt hat. Der Straße und herausfordernde Uebermut der verbündeten Monarchisten und Ultramontanen hat auch auf das kommunale Leben in Breslau einen gemeinschaftlichen Einfluß ausgeübt. Die Aufgabe allein, daß es in einer Stadt wie Breslau eine reaktionäre Majorität fertig brachte, die drei Landtagsmandate für sich in Beschlag zu nehmen, war geeignet, die Stadt nach außen hin in eine sehr unvorteilhafte Beleuchtung zu rücken. Dieser Punkt ist nun gebrochen. Wir hoffen, daß der 5. Dezember 1910 für das politische und kommunale Leben in Breslau den Beginn einer neuen, eher besseren Zeit bedeutet.

Erreicht worden ist das erstrebte Resultat — und darin beruht seine allgemeine politische Bedeutung — durch das Zusammengehen der fortschrittlichen Partei und der Sozialdemokratie. Die Breslauer Freisinnigen haben es früher vermischt, mit den Sozialdemokraten einen Pakt zu schließen, daß man zwei freisinnige und einen sozialdemokratischen Kandidaten mit vereinten Kräften durchbrachte. Lediglich dem „Kollater“ der freisinnigen Führer in Breslau verbannte der schwarze Block seine Wahlerfolge. Hoffentlich lernen die Breslauer Fortschrittler nunmehr endlich aus dem gestrigen Wahlergebnis, daß die Sozialdemokratie Bündnisfähig ist, wenn es gilt, die Reaktion in jeglicher Gestalt zu bezwingen! Wenn das die Lehre aus dem gestrigen Siege der vereinten Fortschrittler und Sozialdemokraten sein wird, so wird dieser Sieg doppelt und dreifach bedeutungsvoll sein.

Mit großer Offenheit gibt auch die „Breslauer Morgenzeitung“ die Berechtigung unserer Ansprüche zu, wenn sie in Erwiderung auf das „Einheitsliche Schamacherorgan“ schreibt:

Das Bedauern der Kollegen über die wachsende Abhängigkeit, in welche der Liberalismus gegenüber der Sozialdemokratie gerät, ist überaus richtig, findet aber bei uns eben so wenig ein mißbilligendes Echo, wie ihre Trauer darüber, daß die Parteigruppierung bei der nächsten Reichstagswahl eine andere sein dürfte, als sie 1907 gewesen. Gewiß wird die Sozialdemokratie von den Liberalen Gegenleistung für die ihnen gewährte Hilfe erwarten und beanspruchen, und diese Gegenforderung ist nur berechtigt, denn im politischen Leben, das weiß ja wohl die „Schlesische Zeitung“ aus der eigenen Praxis, entscheidet die letzte Erwägung des eigenen Vorteils. Diese Erwägung führte die Blattgeschicklichen zu den Blattgeschicklichen und beide zu den reifigen Junkern, sie führt auch die linksstehenden Parteien insofern zu sammen, als das Volksinteresse des Schutzes bedarf und der Abwehr gegen reaktionäre Anzettelung.

Wir begrüßen es, daß die „Breslauer Morgenzeitung“ auf jedes Versteckenspiel verzichtet. Wagt doch sogar der „Generalanzeiger“ eine schwache Billigung des tatsächlichen Zusammengehens:

Das Liberale und Sozialdemokraten in den gegenwärtigen Zeitläuften nach Möglichkeit ein taktisches Zusammengehen herbeizuführen trachtet, kann ihnen, nach dem was vorher, garnicht einmal so übel genommen werden. Und wenn heute gerade das Zentrum sich in Beschimpfungen der Liberalen wegen dieses Tuns gefallt, so möge es doch einmal in seiner eigenen Geschichte etwas zurückblättern und es wird finden, daß auch ihm manchmal sozialdemokratische Wahlhilfe sogar sehr angenehm war. Ist natürlich, wo die Sozialdemokraten es ablehnen, mit ihren früheren Freunden (?) wieder zu partieren, gerät man in jenem Lager in Unrat und bemüht sich, an der Sozialdemokratie keinen guten Faden zu lassen. Selten wir doch einmal nach Baden, wo das Zentrum trotz Stichwahlparole, trotz Großblockabkommen in einigen Wahlkreisen freisch, freilich, frei für den Sozialdemokraten stumte und ihm zum Ziele verhalf, lediglich, damit der verhasste Liberalismus das Mandat verlore.

Die übrigen Betrachtungen des genannten Blattes treffen allerdings auf die Breslauer Verhältnisse nicht zu.

Die „Schlesische Morgenzeitung“ des Herrn Dr. Nitschke kündigt dem Freisinn zum 101sten Male die Freundschaft:

Die gestrige Landtagswahl wird Ihre Weilen in die nächste Reichstagswahl hineinragen. Im Jahre 1907, bei den letzten Reichstagswahlen, waren sämtliche bürgerliche Parteien Breslaus gegen die Sozialdemokratie zusammengegangen, und nur dadurch war es möglich geworden, in Breslau-West einen freisinnigen Abgeordneten statt eines Sozialdemokraten in den Reichstag zu senden. An solches Wahlergebnis in Breslau ist nach dem gestrigen Tage, wo der Freisinn im Bund mit der Sozialdemokratie auf dem Plan erschien, natürlich, auch abgesehen von anderem, nicht mehr zu denken. Aber auch für die nächsten Landtagswahlen ist die Stellung des Freisinns gefährdet. Wir haben bereits nach den Wahlmännern hier eine Zusammenstellung gebracht, wie in den letzten Jahrzehnten die Zahl der freisinnigen Wahlmännerstimmen sich verringert und die der Sozialdemokraten sich vermehrt hat. Der sozialdemokratische Bundesgenosse von gestern löst den Freisinn ein immer unangenehmerer Partner, und bereits bei den nächsten Landtagswahlen wird er dem Freisinn eine Rechnung für die letzten gestrigen Wahlhilfe vorlegen, die diesen zu dauernder Verbannung werden wird. Schon gestern konnte man das bemerken. Die reaktionären Parteien werden

aus dem gestrigen Stichwahlkampf als die äußerlich mit einigen wenigen Stimmen Beschlagenen hervor; aber politisch haben sie für die Zukunft ihren Gegnern gegenüber eine gute Position gesunden. Sie haben sich ehrlich und tapfer geschlagen und werden bei den nächsten Wahlen die Früchte ihrer ehrlichen Tapferkeit ernten. Dafür wird auch die Sozialdemokratie schon sorgen.“

Wie wir uns abfinden werden, kann das antisemitische Blättchen getrost unsere Sorge sein lassen. Wenn es weiter mitteilt, daß die Sozialdemokraten in unzulässiger Weise ihre Stichwahlparole im Schiefwerderseele gedruckt verbreitet hätten, so ist das ein Irrtum. Solche Flugblätter sind von uns überhaupt nicht ausgegeben worden.

Die auswärtige Zentrumspresse ist enttäuscht darüber, daß bei der Landtagswahl ein Teil der konservativen Wahlmänner der Wahl ferngeblieben ist und erst dadurch den Sieg des fortschrittlichen Kandidaten ermöglichte hatte. Singesfügt wird, daß man der konservativen Parteileitung keinen Vorwurf machen kann, denn sie habe ihre Wähler nicht so, wie das Zentrum die seinigen, in der Hand. Der Ausgang war für unsere Patrioten besonders peinlich, weil sie schon ein Siegesfest mit auswärtigen Abgeordneten vorbereitet hatten, das nun zu Wasser wurde.

Sozialdemokratie und Freisinn.

Zu dem Verhalten der Genossen in der Stichwahl in Labiau-Wahlau schreibt der „Vorwärts“:

„Noch aber ist der Kreis der Konservativen nicht entrisen. Dem schwarzen Block eine Niederlage zu bereiten, ist jedoch ein dringendes Interesse der Sozialdemokratie. Wenn auch die Forderung des Wahlkampfes nach der Art des Herrn Kopch die Entscheidung nicht entschieden hat, so haben doch unsere Genossen im Einvernehmen mit dem Parteivorstande keinen Moment lang gegährt, die Parole gegen den schwarzen Block auszugeben. Der konservativen Volksfeind muß niedergeworfen werden und deshalb werden die sozialdemokratischen Wähler am Tage der Stichwahl, die am 9. Dezember stattfinden dürfte, Mann für Mann für den Freisinnigen ihre Stimme abgeben. Wir wissen, daß die Fortschrittspartei ein erklärter Feind der Sozialdemokratie ist, wissen, daß das Bürgerium im Kampfe mit der Arbeiterklasse um die Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft uns unversöhnlich gegenübersteht. Die Politik des preussischen Junkerns aber legt der Arbeiterklasse solche Opfer auf und bringt der Fortentwicklung des deutschen Volkes solche Gefahren, daß es politische Pflicht ist, alles daran zu setzen, um dieser gefährlichen und schrecklichen Fährde zu schwanden. Und wo Sozialdemokraten das ihre dazu tun können, muß es geschehen. Auf das Staatsrechtsgesetz der Konservativen gibt es nur diese Antwort.“

Die Genossen von Breslau, Berlin und Ostpreußen sind sich also in der Beurteilung der politischen Situation vollständig einig.

Politische Prozesse.

Wie der „Lokal-Anzeiger“ erfährt, stellte der Berliner Polizeipräsident gegen den „Vorwärts“ einen Straf Antrag wegen seines heutigen Leitartikels, der sich mit den Moabiter Streikrawallen beschäftigt und behauptet, die aufstrebenden Rufe aus der Menge seien von Polizeibeamten in Zivil ausgesprochen worden. Also nicht der „Vorwärts“ selbst, sondern der „Lokalanzeiger“ erfährt von dem Prozeß zuerst!

Gegen den Landtagsabgeordneten Heymann, Redakteur des „Wigbattes“, „Der Wahre Jakob“, ist wegen der sogenannten Katholiken-Nummer ein Verfahren eingeleitet worden. Wie die „Schwäbische Tagwacht“ mitteilt, wurde nun gegen Heymann das Hauptverfahren vor dem Schwurgericht Stuttgart wegen „Verbreitung unzüchtiger Schriften und Abbildungen“ eröffnet. Dagegen ist die Anklage wegen Gotteslästerung fallen gelassen worden.

Der Zwischenfall bei den Leipziger Studenten.

Genosse Eduard Bernstein hat bekanntlich vor einigen Tagen in einer Versammlung der Leipziger Freien Studentenschaft über den Sozialismus gesprochen. Darüber sind einige echt deutsche Männer in Entrüstungszustände verfallen und einer von ihnen, ein Herr Dr. Henrici, verschaffte sich durch einen offenen Brief an die Freien Studenten Leipzigs Erleichterung. Der Brief, den die „Deutsche Tageszeitung“ mit Begegnen abdruckt, hat folgenden Wortlaut:

„In Ihrer öffentlichen, wissenschaftlichen Versammlung vom gestrigen Abend haben Sie dem sozialdemokratischen Parteiführer Eduard Bernstein das Wort gegeben. Ich will nicht mit Ihnen darüber rechten, ob Sie einsehen oder nicht, daß die Sozialdemokratie nicht eine politische Partei in unserem Vaterlande ist, wie andere mehr, sondern der Versuch einer Organisation eines Staates im Staate. Sie hätten es aber aus Herrn Bernsteins Worten gestern Abend lernen können, der die Republik offen als deutsches Zukunftspolitische proklamierte. Sie haben nicht nur hier, auf dem Boden der Leipziger Schlacht, zugehört, wie Ihr Vortragender die Internationale laut verkündigte. Sie haben vielmehr im Schluß dieses revolutionär aufreizenden politischen Rede, zu der zahllose anwesende Russen und Polen beider Geschlechter, die das Geströh des Deutschen Reiches genossen, Beifall jubelten, durch Ihren Vortragenden Herrn Eduard Bernstein die Hand drücken lassen; es geschah sogar das Unerhörte: Ihr Vortragender nannte ohne ein Wort der Verwahrung gegen das Vorgelegene Herrn Bernstein den hochverehrten Herrn Vortragenden, und ein Teil Ihrer Zuhörer, vor allem die Ausländer, bejubelten Ihre Worte, auf Aufruf und Polnisch. Ich habe zur Diskussion Herrn Bernstein erwidert: Ich wies am Schluß meines Wortes darauf hin, daß Herr Bernstein 1879 den „Jüdischen Sozialdemokraten“ redigierte, und daß damals in dieser Zeitschrift zu lesen stand, „daß die ultima ratio des Profetats des Dynamit ist“. Meine Ausführungen fanden

den Nationalen Kasten der Nationalgewerkschaften — nur wenig nationalgewerkschaftliche Studenten waren zu gekommen — und als ich mich von meinem Platz erhob, um diesen Stimm zu danken, da hörte ich heftige ruffische und polnische Juristen an mein Ohr klängen, und ich rief: Seine Majestät der Kaiser lebe hoch! Der Vorsitzende erhob die Hand und sagte: Herr Herrlein, verlassen Sie den Saal. Ich verließ gern den Ort, an dem mich Kasten und mein Koffer beschimpft wurden. Deutsche Studenten pflegen auf: „Stoht an, Landesherr lebe“, mit einem „Hurra hoch“ zu antworten. Das ist keine Politik, sondern das Gefühl des deutschen Studentenherzen über. Der Vorsitzende rief, während mir am Ausgange Männer und Frauen die Hand brühten, nach nach: „Der Herr kann ja noch einen Augenblick bleiben. Sie können sich freilich wohl nicht denken, daß ein alter Leipziger Hochschullehrer auf solche Zumutungen dankend versteht. Für mich genügt es, vor dem deutschen Volke und meinen Leipziger Mitbürgern festzustellen, daß in Ihrem Verein zwar laut und öffentlich die Republik als notwendige Staatsform des Deutschen Reiches ausgerufen werden kann, daß aber ein Hoch auf unseren Kaiser mit Aufweisung verantwortet wird.“

Dazu bemerkt die „Frankfurter Zeitung“:

Einmal Deplatiereres als ein Kaiserhoch in solchem Moment war nicht gut denkbar, wenn es auch kein hinreichender Grund war, den Kaiser aus der Versammlung auszuweisen. Vielleicht gab das so nützliche Kaiserhoch dem Herrn Herrlein Veranlassung dazu. Doch das macht Herr Herrlein mit den Leipziger freien Studenten outmachen; es ist ihm Unbedeutendes gleichgültig. Alle erwidern den Brief aus einem anderen Grunde, nämlich weil er ein ganz hübscher Beitrag zur Charakterisierung einer gewissen Sorte von Nationalen ist. Die Leute halten es für einen Vorwurf am Kaiser, wenn jemand eine andere Staatsform propagiert, und sie haben doch Entgegen, wenn auf neutralen Boden ein Mann wie Herrlein selbstvollständig behandelt wird, dessen Persönlichkeit über jeden Zweifel erhaben ist. Es konzentriert sich in solcher Darstellung ein politisches Maß politischer und gesellschaftlicher Unkultur.

Also alles in allem: Der Reichsverbandler Herrlein hat die ganze Sippe blamiert!

Das Arbeitskammergesetz.

Nach den oben und vielfach ähnlichen Verhandlungen der letzten Woche hatte der Reichstag am Montag, wenn nicht gerade einen großen, so doch einen bedeutenden Tag. Die Verhandlungen über das Arbeitskammergesetz bewiesen in jeder Hinsicht die Lobfärdigkeit der Arbeiterschaft und der Reichsversammlung gegen die Gleichberechtigung der Arbeiter und die völlige Abhängigkeit der Reichsmann u. Co. von der Gesellschaft der Scharsmacher, Staatsrechtler und Volksknechte. Der Graf Westarp, dem ein junger Mann allerhand ökonomische und parlamentarische Kenntnisse zuträgt, entrollte den Moabitler Silberbogen, um die Regierung nicht nur vor den paar kleinen Kommissionsverbesserungen, sondern vor ihrem eigenen Entwurf grüßlich zu machen, und der mehrfache Millionär von Dieffen verlangte schnarrenden Tones nach einem Gesetz zum Schutz der Arbeitgeber. Gehorsam, wie der Diener seinem Herrn und der Reichsmann seinem Gebieter, beiläufig sich selbst, den Westarp und den Dieffen die Versicherung zu geben, daß die Regierung auch ihrerseits als „unannehmbar“ betrachtet, was die Junker als nicht zu duldenes Mittel an der Ausbeuterautorität bezichtigen. Es war nur eine kleine Unstimmigkeit, wenn Dieffen wenigstens an seinem eigenen Entwurf festhält, während die um Gebieter und fast noch mehr die um Gomp und Dieffen am liebsten alles, was nach einer gesetzlichen Vertretung der Arbeiterschaft aussieht, in den Ortus herabsenden möchten. Die Nationalliberalen, die einen in den weitesten Kreisen unbekanntem Herrn Horn aus Mainz sprechen lassen, denken in dieser Frage in ihrer Mehrheit nicht viel anders als ihre ehemaligen Kameraden. Polen, Freisinnige und vorläufig auch (es ist zweifelhaft) das Zentrum stehen erklären, daß sie an den Kommissionsbeschläffen festhalten, und dieselbe Stellung nahm der Vertreter nicht sowohl der Wirtschaftlichen Vereinigung als der christlich-sozialen Zweimännergruppe in der Wirtschaftlichen Vereinigung, der Abgeordnete Behrens, ein. Von der Annahme freilich des sozialdemokratischen Antrags, der allein geeignet wäre, eine wirkliche Arbeitervertretung zu schaffen, wollten auch Zentrum und Freisinn nichts wissen. Selbst Raumann, der im hochtönenden Gegenatz zu seinem Parteifreund Kampf in einer sehrpointierten, großangelegten Rede erneut den Gedankengang Friedrich Albert Langes über das konstitutionelle Fabrikgesetz

entwickelte, stellt es doch für nötig, gegen die von den Nationalen Begleitern mit prägnanter Kürze vertretenen Antrag zu stimmen, der auf reine Arbeiterkammer ein wohlüberdachtes System gesetzlicher Berufsvertretungen unter Zugleichung der Unternehmer aufzubauen vorschlug. Genosse Begleit griff noch einmal in die Debatte ein und tat mit ein paar Handbewegungen die blutdürstigen Scharsmachertätigkeiten der Dieffen und Westarp ab. In der hatte schon Herr Raumann ein kräftiges Wort mit den verunglückten Nachsetzern des seligen Stumms geredet. In einer persönlichen Bemerkung verteilte wieder einmal, wenn auch wider Willen, Herr von Dieffen seine Lobfärdigkeit gegen das Reichstagswahlrecht.

Der entscheidende Paragraph unseres selbständigen Antrags wurde abgelehnt, worauf mit großer Mehrheit der erste Paragraph der Kommissionsfassung zur Annahme gelangte. Am Dienstag wurde um die einzelnen Positionen gekämpft, und die sozialdemokratischen Anträge meist abgelehnt.

Ein abgeschüttelter Wahlrechtsfeind.

Der nationalliberale Professor Sunkel in Kassel hat jüngst in zwei Artikeln, die er im „Scherl'schen Tag“ veröffentlichte, von den Nationalliberalen verlangt, daß sie endlich einmal ganz offiziell sich für eine Abänderung des Reichstagswahlrechts erklären sollen. Im Hinblick auf die kommenden Reichstagswahlen war den Nationalliberalen das Vorgehen des Professors Sunkel natürlich höchst peinlich und sie haben den Mann nun auch in aller Form abgeschüttelt. Der nationalliberale Reichstagskandidat für Kassel, Landtagsabgeordneter Dr. Schröder, erklärte in einer Versammlung, wenn ein bisheriges Mitglied der nationalliberalen Partei sich gegen die Beibehaltung des Reichstagswahlrechts ausgesprochen habe, so habe es sich damit außerhalb des Programms der Partei gestellt und damit bekundet, daß es nicht mehr zur nationalliberalen Partei gezählt werden kann. Der Landtagsabgeordnete Dr. Schröder steht auf dem rechten Flügel der Nationalliberalen und seine warme Begeisterung für das Reichstagswahlrecht ist vielleicht nur wahltaktischen Erwägungen entpungen.

Der Kanzler gegen die Konservativen. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bringt am Montag Abend an der Spitze ihres Blattes folgende amtliche Erklärung:

Gegen nationalliberale Blätter polemisierend, kommt die „Kreuzzeitung“ in ihrem Sonntagartikel auf die „Szene“ zurück, in der der Abg. Dr. v. Heydebrand, während der Debatte im Reichstag über die Interpellation Ledebour, den Reichskanzler aufforderte, Maßnahmen gegen revolutionäre Umtriebe zu ergreifen. Nach der „Kreuzzeitung“ soll sich die Apokalypse des Reichstagswahlrechts „ganz einfach“ da-ans erklären, daß Herr v. Heydebrand „den antiparlamentarischen Verkehr mit allen Abgeordneten ohne Ausnahme vermeidet“. Diese Erklärung steht mit der tatsächlichen Wahrheit nicht im Einklang. Der Reichskanzler hat gerade in der letzten Zeit, wie übrigens schon während der Sommerpause, Vertreter der bürgerlichen Fraktionen, darunter auch den Abg. Dr. v. Heydebrand, bei sich zu Unterredungen empfangen.

Die „Kreuzzeitung“ bezieht sich auch in ihrer Montag-Abend-Ausgabe ihre Auslassungen richtigzustellen, indem sie bemerkt, daß man eben gegenwärtig weniger, als zu Bülow's Zeiten, von dem Verkehr des Reichskanzlers mit den parlamentarischen Führern etwas erfährt. Entschuldigend sagt dann noch das Junferblatt:

„Uebrigens haben wir, wie wohl aus dem ganzen Ton und Inhalt unserer Ausführungen hervorgeht, die ruhigere Behandlung der inneren Politik nicht etwa tabeln wollen, haben vielmehr anderer Erwartung Ausdruck gegeben, daß diese von uns oft wenig anerkannte effektvolle Leistung der inneren Politik in Zeiten schließlich aufgehäkelter Erregung mit dem rechten Wort und der rechten Tat im entscheidenden Augenblick die Situation klären werde. Den gleichen Sinn verbindet wir auch mit dem Lobe der „philosophischen Ruhe“, die den Reichskanzler ausgezeichnet. Das Herr v. Heydebrand kein gäbelnder Metaphysiker, sondern ein Realpolitiker ist, davon zeugt jedes seiner Worte und vergeblich bemühen sich die Witzblätter, diesen seinen Vorzug in das Gegenteil zu transformieren.“

Also Herr v. Heydebrand ist empfangen worden — dann kann man den Reichskanzler auch wieder streicheln, ganz wie er zu Willen ist, so wird er behandelt.

Die Erneuerung des Rheinisch-Westfälischen Kohlenhandels. Der Vorsitzende des Rheinisch-Westfälischen Kohlenhandels, hat sich einem Vertreter des Dortmund Generalvereins gegenüber über die Aussichten für die Erneuerung des Kohlenhandels ausgesprochen. Kleine ist der Meinung, daß das Syndikat bestimmt wieder zu Stande kommt. Der Fiskus würde gewisslos dem Syndikat beitreten und dem ganzen Syndikat ein festes Fundament geben. Das Kohlenhandels habe immer sehr „maßvoll gewirtschaftet“ und die Preise nicht zu sehr in die Höhe geschraubt.

Die Forderungen der Bergleute, die eine Lohnerhöhung von 15 Prozent erstreben, hält der Bergrat Kleine natürlich für unerschütterlich.

Die 20. Kommission des Reichstages zur Vorbereitung des Entwurfs gegen Mißstände im Weggewerbe hat zum Vorsitzenden Abg. Schäfer (Soz.), zum Stellvertreter der Abg. Penning (Konf.) gewählt.

Unbestätigte Sozialdemokraten. In Absicht bei Kassa im Altenburger Kreis die Sozialdemokratie seit Jahren die Mehrheit im Gemeinderat. So oft nun ein Sozialdemokrat zum Gemeindevorsteher gewählt wird, wird er regelmäßig von der Ausschüssebehörde nicht bestätigt. Vor Jahren passierte das den Genossen Schüller, der als Gemeindevorsteher nicht bestätigt wurde, jetzt ist hintereinander zwei als Gemeindevorsteher vorgeschlagenen Sozialdemokraten die Bestätigung verweigert worden. Da aber die Mehrheit des Gemeinderats entschlossen ist, nicht nachzugeben, kann das Spiel von Wahl und Nichtbestätigung von Gemeindevorsteher noch eine ganze Weile dauern.

Vorbereitungen zu den Reichstagswahlen. Für den größten Reichstagswahlkreis Teltow-Beeskow-Charlottenburg, der seit 1908 von dem Genossen Rubel vertreten ist, hat die Fortschrittliche Volkspartei den Charlottenburger Stadtrat Professor Dr. Spiegel als Kandidat aufgestellt. — Für Reichstagswahl im Wahlkreis Jena meldet die „Voss. Ztg.“, daß dort von den Nationalliberalen nicht Dr. Volz-Ratow, sondern erstere Pastor Prof. Thammel als Kandidat aufgestellt worden ist.

„Galt's Mann“ rufen die Rentiersblätter wieder einmal ihrem geübten Ergraber zu. Die „Schlesische Volkszeitung“ wendet sich gegen ihn mit folgenden Worten: „Der Abgeordnete Wegberger gibt in seiner Korrespondenz seit einiger Zeit wieder allerlei Informationen über die Internen aus der Zentrumspartei zum besten, bekennt sich dabei jedoch über die liberalen Blätter, daß diese sich mit derlei Sachen befassen. Unseres Erachtens läßt auch der Abgeordnete Wegberger auf, seiner Rede- und Schreibkraft wieder einmal etwas die Bügel anzulegen und vorab den Dingen ruhig ihren Lauf zu lassen.“ — Werkwürdig, daß die „Vosszeitung“ immer noch hofft. Der ist doch nicht Klein zu kriegen.

Fortschrittliche Wahlkollation. Aus dem Wahlkreis Pabian-Wehlau geht der „Kreuzzeitung“ eine Aufschrift zu, in der wahre Rührerarbeiten von der Agitationsweise der Fortschrittler erzählt werden. Sie sollen nicht nur den Kampf rein persönlich geführt haben, sondern auch bei konservativen Versammlungen Fenster eingeschlagen, die Versammlungen durch Sprengkolonnen demunziert und Hektoliterer misshandelt haben. Aber nicht die Fortschrittler, die im Wahlkreis wohnen, sind nach der Ansicht des Mitabreiters der „Kreuzzeitung“ daran schuld, sondern die 600 fremden Personen, die man von auswärts, namentlich von Berlin, in den Kreis gezogen hat. Den G. Hausmann der Fortschrittler schätzt die Konservativen auf 100.000 bis 120.000 Mark. Letzteres ist eine gewisshohe Lieberzeugung, denn solches Geld auf einmal haben die Fortschrittler bei ihrem Bestehen noch nie gehabt.

Die Wahlparole der sächsischen Konservativen. Der konservativ Landverein für das Königreich Sachsen hielt am Montag in Dresden eine Versammlung ab, in der die Wahlparole für die nächsten Reichstagswahlen formuliert wurde. Dieser Beschluß lautet:

„Die Parole der sächsischen Konservativen bei den kommenden Reichstagswahlen wird die Bekämpfung der Sozialdemokratie sein. Sie werden dabei die Unterstützung der anderen bürgerlichen Parteien mit Dank annehmen und sie wünschen, daß diese sich wenigstens in einer Front gegen die Sozialdemokratie zusammenschließen. Parteien, die dafür nicht zu haben sind, sollen so behandelt werden, wie die Sozialdemokratie.“

Der konservativ Landverein gab auch gleich eine kleine Probe, wie er sich den Kampf gegen die Sozialdemokratie denkt, er verlor auf Grund gewisser Ausweisungen aus Lehrkreisen, aus denen der Landverein auf „sozialdemokratische Gehinnung“ achtet, daß die maßgebenden Instanzen ungenügend die zur Aufrechterhaltung der Disziplin in Lehrkreisen notwendigen Vorkehrungen treffen. In einer anderen Resolution werden gesetzliche Maßnahmen gefordert, um in der aus der Volksschule entlassenen Jugend, Vaterlandsliebe, Verständnis für staatsbürgerliche Pflichten und Achtung vor der Autorität besser als bisher zu pflegen. Es wird vorgeschlagen, daß dieser Verlesung auf dem Wege einer gezielten vorgelegten Fortbildung nachzugehen.

Die Wahlprüfungskommission des Reichstages. In der Sitzung am Dienstag regte Abg. Neumann-Hofer zunächst an,

Flammen.

Roman von Wilhelm Segeler.

42. (Nachdruck verboten.)

Aber unbeweglich, wie versunken stand sie da. Ein Frühlingabend stieg in ihrem inneren Gesicht auf. Ein welcher Frühlingabend. Da war sie ganz allein auf diesen Wegen gesclendert, auf den schmalen Wiesenpfaden, an den buchtigen Ufern der Elm. Gatte nicht getraut, was sie dort suchte, und doch nicht heimkehren können. Dem Weinen nahe, wie überwältigt vom allzu starken Drängen junger Kraft, vom süßen Vorgefühl kommenden Lebens und erwachender Schönheit schien alles in dieser milden Stunde: die tauigen Sterne, die welche Erde, die murrenden Wellen und der lagende Vogel. Schwer war die Luft. Und schwer, erfüllt von ungewohnten Tränen, lautlosem Jubel und schlummernden Liebeslungen war auch ihr junges Herz, das der Drossel in den hohen Baumkronen lauschte und sich hangte nach einem, den es nicht konnte, und der hoch schwer in ihren Armen hing und sie immer weiter und weiter auf diesen verhängenen Wegen führte.

„Gehen wir, Marie Luise! Gehen wir!“
Während sie so stand und sann und das bebende Flüstern hörte, da war ihr, als ginge alles, wozu sie sich damals geschämt, jetzt in Erfüllung. Noch einmal huschte der Eindruck eines kühleren Zimmers in ihr auf, der Gedanke an ihren einsamen Mann, der sie erwartete. Doch war das nur wie ein schnell verfliegender Schein. Während sie von seiner Hand sich so gezogen fühlte, unspiegelte ein rätselhaftes Räthsel ihren Mund, und aus dem finsternen Schimmer ihrer Augen brach die Frage: Was tu ich nur? Sie wehrte sich und gab doch nach und hatte dabei das süße, schwindelnde Wohlgefühl eines schnellen Hieser und tiefer Entens.

So gingen sie vorsichtig die schmalen Erdpfaden am stillen Wiesenhang hinunter. Er ging voran, sie immer besorgt nach ihr zurückblickend. Und als sie auslitt, ergriff er ihren Arm.

„Gehen wir, Marie Luise! Gehen wir!“ flüsterte er in bebendem Jubel.

Immer schneller eilten sie nun die Treppe hinab. Erst unten gingen sie langsamer, Arm in Arm, stumm und wie verloren in einer anderen Welt. Als das hohe Buschwerk zu Ende war, und der Blick sich auf die weite Schneefläche eröffnete, mit einzelnen mächtigen Baumgruppen, und dahinter die hochgezogene Säulenwand der Fingeln, über der jetzt klar und silberhell der Mond schwebte, blieb er stehen und sagte:
„Marie Luise, ist das nicht schön? Ist das nicht schön, Marie Luise?“
Marie Luise? — O Marie Luise, Marie Luise! Seitdem ich

Ihren Namen gehört, ehe ich Sie noch gesehen, da sah ein Vogel in meiner Brust, hat immer gesungen „Marie Luise — Marie Luise“ und kann an meinem Herzen gekippt. Süß war's und weh tat's. Und da wußte ich, daß ich Sie lieben würde.“

Die trunken blies er mit schmerzregtem Ausdruck vor ihr stehen und hat:

„Ich möchte Ihre Augen ohne Schleier sehen. Der Schleier hat mich schon immer so geföhrt.“

Er zog ihn zurück, legte ihn vorsichtig um ihre Gultrempel und ließ dann seine Hände auf ihren Schultern liegen. So zog er sie an sich und küßte sie auf ihren Mund. Ganz nah, bereit war sein Bart, kaum spürte er die Wärme ihrer Lippen. Aber als er dann den Kopf erhob, schaute er rasch auf, wie verwundert, daß die Sterne noch blinkten und der Mond so still schien. Als sei das Größte, Unmögliche geschehen, das, was seinem Leben neuen Glanz gab und ihn herausgehob über die anderen Menschen, war ihm zu müde.

Stumm gingen sie weiter, Arm in Arm, bald streiften nabeigehende Zweige sie, und leise gluckte die Elm, bald wehte über die weite Fläche der Eisbahn des Schnees sie an. Die Stadt warf ihren Lärm und Lichtschimmer zu ihnen hinüber, dann wieder umgab sie tiefe Stille und matter Dämmerhimmel. Ohne darauf zu achten, gingen sie weiter, wußten nicht, wie ihnen war, wohin der Weg sie führte, noch wie die Zeit verstrich in dieser verumwundenen Stunde.

Da schauerte sie zusammen, erschrocken fragte er, ob sie fröre?

„Ein bißchen.“

„Er riß seinen Mantel auf und wollte ihr den umtun, aber sie wehrte ihm.“

„Nur die Hände frieren. Consi bin ich warm.“
Und als er diese nun ergreifen wollte, um sie zu reiben, schüttelte sie wieder, leise lächelnd, den Kopf.

„Nicht so! Nicht so!“

„Ein Wunsch schien sich in ihr zu regen, den sie nicht ausdrücken konnte. Aber endlich nahm sie mit zager Bewegung seinen Arm und legte ihn um ihren Hals und schlang ihren Arm um seinen Hüden. So Wange an Wange, einer vom andern gehalten, indem ihre Rechte seine umschloß, und seine Linke die ihre, schritten sie dahin. Und während ihre Erinnerung plötzlich zu jenen Frühlingabenden ihrer Mädchenzeit zurückging, wußte sie, daß so auch der Mann, von dem sie damals geträumt, sie hätte führen müssen.
Und wieder standen sie dann still, er küßte sie wieder und wieder und spürte nach jedem Kuß ein wenig mehr die Wärme und Wärme ihrer Lippen.
„Das ist den je kühler würde, Deinen holden, zeinen Mund!“

„Das ist er nun nicht mehr — der reine Mund“, sagte sie mit leisem Klagelaut.

Aber er presste sie fester an sich.
„Sag einmal Du zu mir!“

Da schlang sie ihre Arme um seinen Hals, und wie von inneren Schauern losgerissen, ließ sie heraus:

„Ach, Heinrich — Du, mein Liebster!“

Schläge einer Turmuhr schwebten dumpf erglühend in kurzen Intervallen durch die eifige Klarheit. Doch als sie nun warnend drängte, sie müßte heim, zog er sie weiter. Matt widerstrebend folgte sie, ließ immer heißere Klisse auf ihrem Mund, ihren Wangen, ihren Augen brennen. Und nur wie ein letzter ferner Klang von dem, was einst gewesen, klänge aus ihr:

„Was magst Du aus mir, Heinrich! Ich habe keinen Willen mehr. Und möchte längst, längst zu Haus sein.“

So kamen sie an eine Brücke und schauten in das dunkel fließende Wasser hinab. Wieder mahnten dumpfe Schläge aus der Stille.

„Das ist dieselbe Brücke, aber die wir zuerst gekommen sind, Marie Luise.“

„Dieselbe Brücke. Nun sind wir nicht mehr dieselben.“

„Mein's dich?“

Sie ergriff seine Hand.

„Versprich mir eins, Heinrich! Gib mir die Hand darauf!“

„Er sah sie an, lange Zeit.“

„Was Du vorhin sagtest, das ist wahr. Nie wirst Du mir mehr sein wollen, als Du bist heute warst. Nie wirst Du das wollen! Versprich mir das.“

„Ich verspreche Dir's.“

„Was heute war, das bleibt begraben. Nie wirst Du mich daran erinnern.“

„Nie werd ich das.“

„Es war einmal und darf nie, nie wiederkehren.“
„Und brauchst's auch nicht. Denn es war ja für alle Ewigkeit.“

Sie atmete tief auf und sagte:
„Dann ist alles gut.“
Langsam gingen sie Arm in Arm nach Hause, ohne der ihnen begegnenden Menschen zu achten. In der Vorbeereise, ganz nach schon der Wohnung, kam ihnen ein Mädchen entgegen, einen Handkorb am Arm, das mit eiligen Schritten an ihnen vorüberging.
„Weißt Du, wer das war?“ fragte Marie Luise.
„Wer denn?“
„Mein Mädchen. Es hat mich nicht erkannt. Sie würde ja nie glauben, daß ihre Frau Arm in Arm mit einem fremden Mann geht.“
(Fortsetzung folgt.)

ob die Kommission nicht Veranlassung nehmen wollte, den Antrag an das Plenum zu stellen, daß die Wahlen, die von der Kommission geprüft seien, sofort nach dieser Prüfung im Plenum zur Beratung kämen. Daburch werde dem unwürdigen Kandidaten, wie er sich bei der letzten Wahlprüfung im Plenum abgelehnt habe, vorgebeugt.

Abg. Willens (kon.) meint, das werde jetzt keinen praktischen Erfolg haben, da ja bald ein neuer Reichstag gewählt werde, der dann über die Wahlprüfungen zu befinden habe.

Der Abg. v. Treuenfels (kon.) plädierte bei dieser Gelegenheit für die Überweisung der Wahlprüfungen an einen unparteiischen Gerichtshof.

Abg. Meyer (kon.) erklärte, ein praktischer Erfolg ist durch die Ausführung der Absicht Neumann-Sofers nicht erzielt. Das Schicksal der Wahlprüfung zwischen den Parteien, an dem sich auch die fortschrittliche Volkspartei beteiligt habe (Gandelsobjekt Erders-Sonneberg) werde dadurch nicht berührt. Wünschenswert sei aber, daß die Wahlprüfungen schneller vollzogen werden, deshalb sollte im Seniorenkongress angesetzt werden, daß, sobald ein Bericht von der Wahlprüfungskommission fertiggestellt wird, dieser sofort zur Beratung an das Plenum gelangt. Der Vorsitzende wünscht ebenfalls, daß diese letztere Frage im Seniorenkongress angesetzt wird.

Dann schritt die Kommission zur Beratung der Wahlprüfungen (Kon.), die vom Plenum an die Kommission zurückverwiesen wurde, weil die Mehrheit des Plenums von den bisherigen Grundfragen der Wahlprüfung abwich und die amtliche Wahlbestätigung, die bisher als unzulässig bezeichnet wurde, freigegeben. Der Referent Abg. Fischer (kon.) hält an dem bisherigen Standpunkt der Kommission fest und beantragt wiederum Ungültigkeitserklärung der Wahl. Die Mehrheit der Kommission entschied sich jedoch — nachdem auch die weiteren Protestpunkte erörtert waren, die die Wahl nicht abgelehnt — für Gültigkeit der Wahl, d. h. sie macht den Umfall der Mehrheit des Plenums, durch den erst der Kandidat zurückgelassen wurde, mit.

Ausland

Die Wahlen in England. Die Wahl wurde gewählt: 86 Liberale, 126 Unionisten, 16 Vertreter der Arbeiterpartei. Die Liberalen haben sieben Siege gewonnen, die Unionisten elf, die Arbeiterpartei einen.

Wahlserklärung über die Wiener Hofoper. Der Allgemeine Deutsche Bühnenverband hat wegen der Entlassung der Hofoper über die Wiener Hofoper den Boykott verhängt.

Gegen die Alkoholgefahr in Frankreich. Man schreibt uns vom 5. Dezember aus Paris: Im Senat wird gegenwärtig ein Antrag besprochen, der die Einschränkung des Alkoholkonsums bezweckt. Seit 1880 besteht in Frankreich die Schankfreiheit. Die Folge davon war die Erhöhung der Tranksteuern von 334 999 auf über eine halbe Million. Auf 80 Einwohner, das heißt auf 30 Erwachsene, kommt heute eine Schankwirtschaft. In Paris kommt sogar eine auf je drei Häuser. Herr Joseph Renaud will gesetzlich festgelegt werden, daß erstens keine neuen Wirtschaften mehr eröffnet werden dürfen, und daß zweitens die Zahl der vorhandenen in dem Maße eingeschränkt wird, daß höchstens noch eine auf je 200 Einwohner kommt. Wenn der Senat sich durch das Gesetz der Weisheit nicht einschließen läßt und den verhängenen Vorschlägen zustimmt, kann er ein nützliches Werk vollbringen.

Erleichterung der Einwanderung nach Amerika. Die seit drei Jahren eingesetzte Einwanderungskommission legt dem Kongress einen vierhundertseitigen Bericht vor. Sie erklärt, die Einwanderung sei nicht mehr eine wirtschaftliche Notwendigkeit und trage eher zur Verarmung des amerikanischen Arbeiters bei. Die Kommission verlangt einstimmig den Ausschluß unverbesserter, ungebildeter Arbeiter, ferner den Ausschluß von Analfabern mit die direkte Beschränkung der Kopfzahl der Einwanderer in gewissen Fällen. Auch soll jeder Einwanderer ein Heimatszeugnis vorweisen.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Vorbereitungen zur Reichstagswahl.

Im Wahlkreis Sagan-Sprottau stellten die rechtsstehenden Parteien den konservativen Rittergutsbesitzer von Polzow, der den Kreis zurzeit im Reichstag vertritt, einstimmig als Kandidat für die nächsten Reichstagswahlen auf. Für die fortschrittliche Volkspartei kandidiert Bürgermeister Schiller in Sagan und für unsere Partei Genosse Frisch-Liegnitz, Gauleiter im Textilarbeiterverband.

Im Kreise Bunzlau-Löben kandidiert für die fortschrittliche Volkspartei Professor Dr. Doppenann, zurzeit Reichstagsabgeordneter des Kreises. Jetzt haben auch die Nationalliberalen einen Kandidaten aufgestellt und zwar einen Pastor Kugel. Für die Sozialdemokratie kandidiert Genosse Schab-Bunzlau.

Der Führer der Nationalliberalen im Wahlkreis Glogau-Lauban, der Landtagsabgeordnete v. Schendendorff, trat für einen Zusammenschluß aller bürgerlichen Parteien bei den Neuwahlen ein, um den Wahlkreis vor der Sozialdemokratie zu schützen. Sollte sich dieser Zusammenschluß nicht ermöglichen, dann sollten sich wenigstens die Nationalliberalen und Freisinnigen auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen und zwar einen Freisinnigen. Als Gegenleistung sollten die Freisinnigen in einem anderen Wahlkreis einen Nationalliberalen unterstützen. Die Freisinnigen haben sich dazu noch nicht geäußert. Der Vertreter des Wahlkreises Glogau-Lauban im Reichstag ist zurzeit der fortschrittliche Volksparteiler Dr. Mugdan. Von unserer Partei kandidiert der Redakteur Genosse Lababel-Glogau.

Ohlau, 7. Dezember. Tödlicher Sturz von der Treppe. Dienstag Abend in der lebhaften Stunde stürzte eine Frau Keller, die aus dem Keller etwas herauf wollte, die Treppe hinunter und erlitt einen Schädelbruch. Sie war sofort tot.

Striegau, 7. Dezember. Landrat Richterhofen und Ortskrankenkasse für den Kreis Striegau. Bekanntlich wird die Ortskrankenkasse für den Kreis Striegau am 31. Dezember durch Verreiben der Grundbesitzer zur Auflösung gebracht. Da dem Herrn Landrat Richterhofen nicht in ihrem Kommando und denselben zu entfernen sich keine gesetzliche Handhabe bot. Jetzt ist es aber dem Herrn Landrat gelungen, gestützt auf § 45 des Krankenversicherungsgesetzes, den Ortskrankenkassenrat außer Dienst zu setzen und an dessen Stelle den Kreisamtsverwalter Grotel zu ernennen. Das Verbrechen, welches der Kaiser vorstand begangen hat, besteht darin, daß der Vorstand in einer Sitzung es ablehnte, den Kaiser für die neuen Krankenkassen auszuscheiden, zu liquidieren. Um allen Krankenkassenmitgliedern von dieser so tief einschneidenden Maßregel des Landrats Kenntnis zu geben und wie die Selbstverwaltung der Krankenkassen in Wirklichkeit aussieht, wird in Folge einer öffentlichen Versammlung in Striegau, wozu heute schon darauf aufmerksam gemacht wird.

Landeshut, 7. Dezember. Nur noch mit wenigen Stimmen. Bei der Wahl der Landeshuter Arbeitervereins, Genosse Brill, erhielt unter anderem seinen Gegner, dem Direktor Nevel von der Firma Kugel, der 71 Stimmen erhalten hatte. Nur vier Stimmen fehlten dem Genossen Brill, um als Vertreter der Arbeitervereins und des Arbeitervereins im Vorstand zu wirken. Schuld an diesem unglücklichen Ausgang tragen alle Beteiligten, die nicht zu Hause blieben, wohl sie nicht als Mitglieder der Arbeitervereins kandidierten.

Allenfalls braucht Herr Nevel auf eine Mehrheit von drei Stimmen nicht sein und bis zur nächsten Wahl werden wir schon dafür sorgen, daß ein wirklicher Volksvertreter gewählt wird.

Strehlitz, 7. Dezember. Baumlaubtagwaffler. Im Aufbruch an die Präfektur des amtlichen Wahlbestätigung, das den Sieg des freisinnigen Kandidaten mit sich brachte, veranstalteten die Freisinnigen eine Siegesfeier, in welcher der zugeordnete Landtagsabgeordnete Wenzl auch den Sozialdemokraten seinen Dank für ihre willkommene Wahlhilfe aussprach. Bekanntlich haben die sieben sozialdemokratischen Wahlmänner, ebenso in Breslau, für den freisinnigen Kandidaten gestimmt.

Strehlitz, 7. Dezember. Entzogene Justizhäuser. Sonnabend Morgen gelang es drei am Sonntag Stammelber beschäftigten Strafgefangenen der Ratiborer Anstalt, aus dem als Asyl eingerichteten Pausenraum in Glanditz zu entweichen. Die Straftäter hatten sich bei ihrer Arbeit im Stammelbergebiet Dietrich zu verschaffen gewußt und damit in der Notwendigkeit die Türen erbrochen, worauf sie unbemerkt entflohen. Sie haben sich zuerst nach dem nahen Standsort Wälden gewendet, sind aber dann in Buchwald und Schmieberg geflohen worden. Ein in der Nacht zum Sonntag verübter Einbruchdiebstahl wird den Flüchtlingen zugeschrieben. Diese sind sämtlich ober- und mittelpolnische Gefangene, die nur noch kurze Strafen zu verbüßen hatten.

Schmieberg, 7. Dezember. Das leichtsinnige Handeln mit der Schusswaffe, welches schon so manchen Unheil gebracht hat, hat wieder einmal eine dieser Familie schwer getroffen. Ein jugendlicher Müllebursche aus einem benachbarten Orte, welcher in die Umgegend, so auch nach Schmieberg mit Brot fährt, kam in die Wohnung eines ihm bekannten wiesigen Tischlers und zeigte bei dieser Gelegenheit einen Revolver, welchen er sich gekauft hatte, weil er, wie er sagte, Abends oft bei der Heimfahrt von ungesicherten Personen bedrängt werde. In dem Augenblicke, als der Tischler den jungen Mann bewachte, in der Wohnung mit dem Revolver zu antworten, trafe ein Schuss in die gerade am Tische sitzende 18jährige Tochter das Bewußtlos zusammen. Die Kugel war in der Nähe des Ohres in den Kopf gedrungen und konnte bis jetzt nicht entfernt werden. Glücklicherweise scheint die Verletzung nicht gerade lebensgefährlich zu sein. Die Frau darauf von einem Gange zurückkehrende Mutter brach bei dem Anblick des Kindes ohnmächtig zusammen. Der leichtsinnige Schütze wurde zur Anzeige gebracht.

Siegmund, 7. Dezember. Ein schwerer Unfall ereignete sich gestern Mittag in der zweiten Stunde auf dem Kobyliner Bahnhof. Bei dem Manövrieren der Hülse geriet der Hilfsrangier Trenner infolge Ausgleitens unter die Räder eines Wagens. Es wurde ihm ein Fuß abgefahren. Der Verunglückte wurde in das Krankenhaus geschafft.

Posen, 7. Dezember. Entgleist. Bei der Station Pleschen entgleiste gestern ein Güterzug. Drei Mann vom Zugpersonal wurden schwer verletzt. Einzelheiten fehlen noch.

Aus Oberschlesien.

Kriegerverein und Standesbeamte.

Daß Pfarrer, Lehrer, Polizisten und sogar manche Nachwächter, kurz alles, was sich nach oben gerne empfehlen möchte, für die Krieger, Marine-, Flotten- und Sparskassenvereine sowie auch für die Fachabteilungen agieren, haben wir bereits wiederholt gemeldet. Daß aber nun gar der Standesbeamte diese Tätigkeit auch aufgenommen hat, dürfte wohl seltener vorkommen. Passiert ist dieser Vorgang am Sonnabend, den 3. Dezember, auf dem Standesamt im „liberalen“ Kattowitz. Erscheint da ein Bauer mit seiner Frau und zwei Knaben als Zeugen. Der Standesbeamte ist anscheinend schlecht zu sprechen. Zu dem einen Zeugen gewandt, sagte er: „Ich habe Ihnen doch durch die Frau sagen lassen, daß Sie in einem anständigen Hochzeitsanzug erscheinen sollen, warum haben Sie das nicht getan?“ Zeuge: „Ich bin rein und anständig gekleidet und für diesen Akt ist mein Anzug gut und er genügt vollkommen.“ Damit war der Standesbeamte zufrieden, denn es passierte ihm gewiß zum ersten Mal, daß ein oberflächlicher Arbeiter ihm eine klare und treffende Antwort gab. Nun folgte die Legitimierung der Zeugen. Der eine Zeuge hat den Militärpaß mitgebracht, als der Beamte diesen nachsieht, fragt er: „Sind Sie Mitglied des Kriegervereins?“ Zeuge: „Nein, das bin ich nicht.“ Standesbeamter: „Nun, warum denn nicht?“ Zeuge: „Na, weil ich nicht will.“ Standesbeamter: „Nun, dann nicht.“ Darauf richtete er an den Brautigam die Frage, ob er schon Mitglied des Kriegervereins sei; als dieser das verneinte, da wurde der Beamte still, bis dann endlich der Traualt vollzogen wurde.

Was die standesamtliche Trauung mit der Mitgliedschaft des Kriegervereins zu tun hat, ist uns nicht recht klar. Es ist doch nicht in allen Fällen nötig, daß ein junger Ehemann ein „Krieger“ sein muß, das findet sich meist von ganz allein und kommt mit den Jahren.

Aber der ganze Vorgang zeigt doch, wie es gemacht wird und auf welche Weise den „Kriegern“ Mitglieder zugeführt werden. Wir können nur allen, denen das gleiche passiert, raten, uns dies mitzuteilen, denn die Öffentlichkeit hat ein Interesse zu erfahren, durch welche Mittel die Patriotenvereine wachsen.

Falkenberg, 6. Dezember. Der Einzug der Sozialdemokraten in unseren Wahlkreis.

Hatte sich bei der ersten sozialdemokratischen Versammlung der Kaplan, der Pfarrer, der Führer und der Bürgermeister gegen die rote Flut zur Wehr gesetzt, so versuchte man es bei der zweiten Versammlung mit einem anderen Mittel. Ein benachbarter Steinbruchbesitzer entließ zwei Arbeiter und zahlte ihnen den Lohn auf zwei Wochen aus, weil dieselben Stäubungszettel zum Besuch der Versammlung verteilt hatten, in der Genosse Adde aus Breslau sprechen sollte! Hatte man gehofft, dadurch jemanden vom Besuch der Versammlung abzuhalten, so hatte man sich bitter getäuscht. Der Saal in Baumgarten, der uns für die Versammlung zur Verfügung stand, zeigte bei weitem nicht aus, um die Erstgenannten zu fassen, bis auf den Hausflur und den Hof standen die Zuschauer bei der Winterkälte und folgten mit Spannung den Ausführungen des Breslauer Genossen. Wer nicht erschienen war, das waren nur die Honoratioren der Stadt. Genosse Schöll hatte sie das letzte Mal so gut nach Hause geschickt, daß sie das Wiederkommen verzagten. So mußte sich Genosse Adde diesmal an das Flugblatt halten, welches die Selbstlichen in der Stadt herumgeschickt hatten und es machte der Versammlung viel Vergnügen zu sehen, wie die altherren Vorwürfe der Gegner zerlegt und widerlegt wurden. Zahlreiche Fundgebungen der Zustimmung bewiesen, daß der Boden auch hier für unsere Bewegung unermesslich reif geworden ist. Nur der Falsch — der in diesen fremden Gegenden schlimmer als anderswo dominiert — muß energischer bekämpft werden. Nach dem mit päpstlichen Beifall aufgenommenen Vortrag über das Thema: „Was wollen die Sozialdemokraten in Falkenberg?“ nahm der Vorsitzende Kempnermeister Langner das Wort zu einigen Erklärungen über das Recht des Flugblattverteilens, das heute oft von Behörden und Gegnern verweigert wird. Auch die Kritik des Genossen Langner über, das große Beifall. Der Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen und mit Beifall.

gen in Messer gezogen besprochen. Die Zeit war schon weit vorgebracht, als sich die Versammlungsteilnehmer in gehobener Stimmung und mit einem Hoch auf die Partei trennten.

Reusdorf, 7. Dezember. Fürchterlich natu. Bekanntlich beschäftigt Graf v. Tiele-Windler auf Mohren (Kreis Reusdorf) seine Kräfte in Groß-Strehlitz und Pulbitzer Reife erwerbenden Gütern gegen andere in der Mohrener Gegend gelegene fällige Güter, zu denen auch die Scheller-Söhne gehören, zu verkaufen, einzutauschen, um so sein Vermögen abzurufen und zu sammeln. Durch diese „Veräußerung“ des großen Bestandes fürchtet die ländliche Bevölkerung der beteiligten Kreise eine schwere Schädigung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse. Um diesen Gefahren zu begegnen, hat sich der schlesische Bauernverein, welcher die verdränglichen Folgen, die ein solcher Veräußerung mit sich bringt, genau kennt, an seinen Vorsitzenden, den Grafen v. Oppersdorf, gewandt, damit dieser unverzüglich im vorkommenden Landwirtschaftsministerium vorstelle und der geplante Austausch der Güter unter allen Umständen unterbleibe. Außerdem soll eine Petition an den Landwirtschaftsminister mit vieler Unterstützung abgehandelt werden.

Wir fürchten, die beschriebenen Wünsche der kleinen Bauern gehen nicht in Erfüllung. Bis auf den heutigen Tag war die Regierung immer geneigt, den Wünschen der Junker entgegenzukommen. So wird es auch hier sein, um die kleinen Bauern kümmert man sich nicht. Und nur deshalb halten wir ihr Vorgehen für naiv.

Oppeln, 7. Dezember. Warnung vor „Bada“-Margarine. Die der „Oberl. Anzeiger“ meldet, er hat das folgende fälschliche Unterscheidungsmerkmal: Warnung vor dem Kauf von „Bada“-Margarine aus den Fabriken von Mohr u. Co., Altona-Ölwerken. — Auch in Oberschlesien sollen bereits Erstanfragen vorgekommen sein.

Reichen, 7. Dezember. Rabeneltern. Eine unermessliche Behandlung haben die Arbeiter Rhyta ihren Elemente aus Deutchen ihrem eigenen dreißigjährigen Kinde (einem Knaben) zuzufügen lassen. Das Kind hat ein wahres Martyrium auszuhalten. Außer steten Mißhandlungen, denen das Kind fast immer ausgesetzt war, wurde es mit rohen Kartoffeln und Eierschalen gefüttert. Die Grausamkeit der Mutter ging sogar soweit, daß sie dem Kinde die Kartoffelschalen mit dem Stiele eines Kochlöffels in den Schlund hineinsteckte. Die anderen Einwohner des Hauses konnten die Behandlung des armen Geschöpfes nicht mehr mit ansehen und erbateten gegen die Rabeneltern Hilfe. Das Kind ist infolge der beständigen Behandlung gestorben. Die Rabeneltern hatten sich nun vor dem Schöffengericht Deutchen zu verantworten. Die Tat, die an Kindesword grenzt, wurde gegen die Mutter mit drei Monaten Gefängnis gestraft. Dagegen wurde der Vater, der zwar auch der Dämon war, sich an der grausamen Behandlung des Kindes beteiligt zu haben, freigesprochen, weil ihm eine direkte Schuld nicht beigegeben werden konnte.

Stein, 7. Dezember. Sozialdemokratischer Verein. Am Sonntag, den 11. d. M., Nachmittags 4 1/2 Uhr, findet im Gemeindefestsaal, Bahnhofstraße 6, Hof 1 Trepp, eine wichtige Mitglieder-Versammlung statt. Die Tagesordnung, darunter ein Vortrag des Genossen D. Hüring-Deutchen D., wird in der Versammlung bekannt gemacht. Zutritt nur für Mitglieder an dem Vorgehen des Mitgliedsbuches.

Jabrze, 7. Dezember. Bergmannsloz. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich auf Konfordinarube. Der Arbeiter Sogalla wurde durch herabfallendes Gestein verschüttet und erlitt einen Unterschenkelbruch, Knochenzitterung des Armes und eine schwere Kopfverletzung. Der Bauernsloz, der 24 Jahre alt und erst zwei Monate verheiratet ist, wurde ins Knappschafts-Krankenhaus gebracht.

105 Jahre alt. Nach der jetzigen Volkszählung dürfte festgestellt sein, daß das höchste Alter hierorts die am 25. März 1806 in Polen geborene Maria Hunger, Vorderstraße 2 in Jabrze wohndes, besitzt. Die alte Dame, welche bis auf das Gehör, das sie nun nachgelassen hat, noch züchtig ist, lebt bei ihrem 62 Jahre alten Sohne, welcher als Lokomotivführer in der Donnersmarchstraße tätig ist.

Birkental, 7. Dezember. Ausgesetztes Kind. Der Orts-Endarm darnach auf seinem Runge ein Wimmern, das aus dem Schussgraben kam. Er fand hier ein Kind, das in einer Decke eingewickelt und dem Entzweien nahe war. Das Kind ist wahrscheinlich von einer Dörrweiberin ausgesetzt worden.

Myslowitz, 7. Dezember. Die Rückwanderung der russischen und galizischen Saisonarbeiter in ihre Heimat hat zurzeit ihren Höhepunkt erreicht, da mit dem 20. d. M. die geistliche Karwoche beginnt. In Myslowitz, der Hauptverbreitungsstelle für Saisonarbeiter, kommen täglich 3000 bis 4000 Arbeiter durch, für ihre Abfertigung nach der Heimat werden von der Eisenbahnverwaltung täglich vier bis fünf Sonderzüge gestellt. Die Zahl der besitzenden Arbeiter beträgt bereits gegen 56,000.

Verunglückter Pulvertransport. Ein aus Deutschland stammender Pulvertransport ist am Sonnabend in Sieroschitz hinter Sosnowitz verunglückt. An einer Wegüberführung, an der die Schranke offen stand, wurde der Pulverwagen von einem heranbrausenden Zuge erfasst und total zerstört. Der Führer des Gespanns, sowie der begleitende Polizeibeamte sind dabei zu Tode gekommen. Von den Pferden ist eins tot und das andere schwer verletzt. Es ist als ein großes Glück anzusehen, daß bei dem Zusammenstoß nicht eine Explosion des Pulvers erfolgte.

Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion Wochentags nur v. 12-1 Uhr Mittags. Schriftliche Auskunft wird nur ausnahmsweise erteilt.

Gottesberg, 20. 1. Wer krank ist, dem kann die Steuer gestundet oder erlassen werden. Tausch die Krankheit so lange, daß dadurch das Jahreseinkommen um mehr als ein Fünftel verringert wird, so kann der Steuerpflichtige verlangen, daß die Steuer ermäßigt wird. (§ 63 des Einkommensteuergesetzes). 2. Der Erlaß der Staatssteuer hat in der Regel zur Folge, daß die Gemeinden ebenfalls die ihnen zu zahlende Steuer erlassen; aber besser ist es, Sie erlassen besonders darnum.

Reusdorf. Es waren etwa zwölf katholische und evangelische Geistliche.

1. Da seit fünf Jahren Marken nicht mehr gelehrt wurden, sind die Karten verfallen; sie werden aber mit eingerechnet, wenn Ihre Frau jetzt wieder lebt und die Wartezeit erfüllt. 2. Sie müssen die Gemeindesteuer in beiden Orten zahlen. Es geht allen Arbeitern so, die in dem einen Orte wohnen und in dem anderen arbeiten.

3. Die Substanzfrage. Treten Sie dieser Kasse nicht bei, denn Sie würden nur aus einer Schwindelkasse in die andere kommen.

Sabowaschfrage. 1. Der Anteil richtet sich nach der Zahl der Erben. Geben Sie uns den Sachverhalt genau an, wir werden Ihnen dann nähere Auskunft erteilen. 2. In Schlesien hat sich nichts geändert.

Gabriel Grab. Wenn Sie nicht Mitglied dieser Kasse sind, können Sie auch nichts vom Ueberschuß bekommen.

M. G. 21. Wir wollen versuchen, Ihnen das Gewünschte noch zu besorgen.

109. 1. Die Kosten der Schulbücher können dem Steuerpflichtigen Einkommen nicht abgezogen werden. 2. Wenn Ihre Frau die Marken freimlich weiter lebt, genügen schon 5 Mark in einem Jahr. Es darf aber nicht vergessen werden, die Karte nach zwei Jahren umzutauschen oder zur Verlängerung der Gültigkeit vorzulegen. 3. Die Versicherungsbeträge können vom Einkommen abgezogen werden. Jetzt ist daran nichts mehr zu machen, aber in der Steuererklärung des nächsten Jahres verlangen Sie, daß man die Beiträge abrechnet.

Verantwortlicher Redakteur: Gustav Wolff. — Redaktion und Expedition: Neue Preussische Zeitung. — Verlag von Otto Schöner. — Druck von H. Schöner. — 109. 1. Die Kosten der Schulbücher können dem Steuerpflichtigen Einkommen nicht abgezogen werden. 2. Wenn Ihre Frau die Marken freimlich weiter lebt, genügen schon 5 Mark in einem Jahr. Es darf aber nicht vergessen werden, die Karte nach zwei Jahren umzutauschen oder zur Verlängerung der Gültigkeit vorzulegen. 3. Die Versicherungsbeträge können vom Einkommen abgezogen werden. Jetzt ist daran nichts mehr zu machen, aber in der Steuererklärung des nächsten Jahres verlangen Sie, daß man die Beiträge abrechnet.

Partei-Angelegenheiten.

Gemeindevahlen. Einen glänzenden Sieg über das Zentrum erlangen um ere Genossen bei der Stadtparlamentwahl in Gießen bei Dillfeldorf, die am Donnerstag und Freitag vorgenommen wurde. Die beiden Kandidaten der Sozialdemokratie erhielten je 73 Stimmen, während es die Kandidaten des Zentrums auf 663 Stimmen brachten. Bei der Wahl vor zwei Jahren mußten sich unsere Genossen noch mit ganzen 136 Stimmen begnügen. Zum ersten Male gehen zwei Sozialdemokraten in das Stadtparlament ein.

Die Reichskandidatur im zweiten Hamburger Wahlkreis. In einer Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins für den zweiten Hamburger Wahlkreis wurde auf Vorschlag des Vorstandes und der Vertrauensleute Genosse R. P. W. Dieckmann als Kandidat für die nächste Reichstagswahl aufgestellt.

Ein Jugendheim in Köln. Am Sonntag wurde in Köln-Kalk das erste Jugendheim eröffnet. Es besteht aus zwei geräumigen Zimmern, in denen sich die Arbeiter-Jugend täglich ankommen können und weiterbilden kann. Dieser ersten Grundstätte der freien Jugendbewegung sollen baldigst noch weitere folgen.

Arbeiterbewegung.

Gelbe Wahlmache. Verzweifelte Mittel werden von den Unternehmern angewandt, um den unausbleiblichen Zusammenbruch der gelben Verhältnisse nach außen zu verdrängen. Bekanntlich wurde nach dem großen, für den Metallarbeiterverband ausserordentlich wichtigen Streik in der Nähmaschinenfabrik von Seidel u. Naumann in Dresden eine „Gelbe“ Vereinigung der Metallarbeiter aus den Arbeitstillen gebildet. Jeder in den Betrieben eintretende Arbeiter mußte dieser gelben Vereinigung beitreten. Dabei wurde der größte Terrorismus angewandt. Aber nur weniger Jahre hat es gedauert, und die ganze gelbe Verhältnisse ist schmachvoll zusammengebrochen. Der Metallarbeiterverband hat heute wieder zahlreiche Mitglieder im Betriebe. Jetzt sollte nun die Vertreterwahl zur Betriebskrankenkasse stattfinden. In den letzten Jahren beteiligten sich die meisten Arbeiter nicht daran. Sie ließen sich von den Unternehmern zu verheimlichen und schalten. Eine vom Metallarbeiterverband einberufene Betriebsversammlung war von ca. 600 Arbeitern besetzt. Die Wahl sollte nun am Freitag Abend stattfinden. Der Beginn der Versammlung, in der die Wahl stattfinden sollte, war drei Tage vorher durch Anschlag im Betrieb auf 5 1/2 Uhr festgesetzt worden. Als Wahllokal war ein kleiner Raum in einer Gastwirtschaft, der höchstens 60 Personen faßt — bei einer Arbeiterzahl von circa 2000 — angegeben. Um 5 Uhr ist der Wahllokal geschlossen. Aber eine Anzahl starker Gelben schreien schon um 4 1/2 Uhr die Erlaubnis zum Betreten der Fabrik. Sie besetzen das Lokal und nahmen die Wahl vor. Schon Minuten vor dem angeordneten Anfang der Versammlung schloß der Vorsteher, der Produkt und Scharat Naumann, die Wahlhandlung. Drängen auf der Straße fanden 5-600 Arbeiter, die in die Versammlung wollten. Natürlich sollte die Wahl ungültig.

Der Vorfall zeigt aber, daß man selbst nicht vor offenen Ungehörlichkeiten zurücksteht, wenn es sich darum handelt, unter allen Umständen den Schein anerkennen zu lassen, als hätten die Gelben in dem Betriebe noch die Mehrheit.

Darübergehende Lohnkämpfe im Holzgewerbe. Trotz der vorgeschrittenen Jahreszeit sind die Lohnkämpfe im Holzgewerbe noch verhältnismäßig lebhaft. Eine Anzahl derselben werden mit starker Erbitterung geführt und dauern schon lange Wochen. Die Vertreter der Fische hat es verschuldet, daß der Streik der Tischler in Stolp schon 22 Wochen dauert. Die Schlichter in Pr.-Holland befinden sich seit 17 Wochen im Kampfe, die Tischler in Guben 14, in Eisenberg 15, in Kolmar i. C. 13 und in Mühlhausen i. C. neun Wochen.

Die Musikinstrumentenarbeiter kämpfen in Regnitz seit 12, in Heilbronn 5, Borna 11 und in Koblenz 10 Wochen; auch der Kampf bei der Firma Heitler u. Winkelmann in Braunschweig dauert fort. Ueber 28 Wochen dauert der Kampf in der Wagenfabrik in Delmenhorst, an dem Tischler und Stellmacher beteiligt sind; diese haben jetzt auch die Arbeit in der Waggonfabrik in Rastatt niedergelegt. — Die Knochenschleifer in Frankenhäusern führen ihren Streik jetzt schon 14 Wochen, ohne daß ein Ende abzusehen ist.

Früher dauern fort; die Lohnbewegung der Tischler in Bünde in Westfalen, Herford (Vandermaschinische Maschinenfabrik), Kleinen-Trosch und Wöln, der Pantinenmacher in Kellinghagen und der Pianofabrikanten in Leipzig.

Bis zum nach allen diesen Orten ist von den in Frage kommenden Branchen der Kampf ferngehalten.

Aus aller Welt.

Volkszählungs-Resultate. Nach dem Resultat der amtlichen Vorkählung betrug die Einwohnerzahl Braunschweigs am 1. Dezember 143.319 Personen, davon waren 68.458 männliche und 74.861 weibliche. Im Jahre 1905 betrug die Gesamtbevölkerung 136.297 Personen.

Nach den vorläufigen Feststellungen betrug die Einwohnerzahl von Chemnitz am 1. Dezember 286.455, gegen 244.927 am 1. Dezember 1905, eine Zunahme von 41.528 Personen, oder 17 Prozent.

In Elbing ergab die Volkszählung eine Bevölkerung von 58.515 Personen. Der Zuwachs in den letzten fünf Jahren beträgt 2888 Seelen, das sind 5,2 Prozent. — In der Stadt Lübeck wurden einem Privattelegramm zufolge 98.612 Einwohner gezählt, das sind 724 mehr als im Jahre 1905.

Schweizerische Ergebnisse vom 1. Dezember sind folgende: Basel 84.153 (Zunahme in den letzten zehn Jahren 16.579); der Kanton Baselstadt hat 135.918 Einwohner. Luzern 33.721; Glarus 5091; Solothurn 11.576; Baden 8178; Zürich 188.930 (Zunahme 38.227 oder 25,4 Prozent); St. Gallen 37.800.

Ergebnisse der Volkszählung in Groß-Berlin. Die Zusammenfassung der Volkszählungsresultate ist in vollem Gange; in den statistischen Ämtern ist man eifrig damit beschäftigt, aus dem gesammelten Material vorläufig die Gesamtzahl der am 1. Dezember ortsbewohnenden Bevölkerung festzustellen. Jetzt liegen die ersten Ergebnisse der Volkszählung von mehreren Groß-Berliner Gemeinden vor. Die ortsbewohnende Bevölkerung in nachstehenden Groß-Berliner Gemeinden stellt sich rund folgendermaßen:

	1. Dezember 1910	1. Dezember 1905
Charlottenburg	300.000	239.512
Schöneberg	175.000	140.992
Wilmersdorf	110.000	83.568
Niendorf	238.000	159.650
Lichtenberg	82.050	55.391
Potsdam	73.500	61.440

Groß-Postfeld 44.600, Frießhagen 37.400, Steglitz 64.300, Zehlendorf 17.197, Weissenhof 44.600, Köpenick 33.000, Nikolassee 1600, Grunewald 5950, Witz 11.000.

Schneestürme in Rußland. Aus der zentralasiatischen Bahn sind etwa zwanzig Güterzüge unterwegs von einem fürchterlichen Unwetter überfallen worden und auf der Strecke liegen geblieben. Einige Lokomotiven sind eingetroffen und vollständig unter Sand begraben. Die Personenzüge liegen seit vielen Tagen an verschiedenen Stationen und können nicht vorwärts. Die Passagiere leiden Mangel an Nahrungsmitteln. Die Arbeiter weigerten sich, die durch Sand

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 7. Dezember.

Geschichtskalender.

8. Dezember.

- 1815 Maler Adolf Menzel in Breslau.
- 1899 Witwenversicherung in Indien abgeschafft.
- 1892 Der norwegische Dichter Björnsterne Björnson in Kirke (Dönsbalden).
- 1903 Der englische Philosoph Herbert Spencer in Brighton †.

Gegen die „schlechte“ Presse

Ziehen die bayerischen Bischöfe in einem gemeinsamen Hirtenbriefe gehörig zu Felde. Die Gläubigen werden vor den Zeitungen gewarnt, die „offen die Ketten“ Lehrer unserer heiligen katholischen Kirche belächeln und die guten Sitten verfehlen. Man solle alle Blätter usw. abwenden, die es darauf abgesehen haben, „Glauben und Sitte, Achtung vor kirchlicher und staatlicher Autorität zu untergraben“.

Die Zentrums-Presse bracht diesen Hirtenbrief stolz ab, verachtet sich aber gleichzeitig heftig gegen die Behauptung der liberalen Blätter, diese Kundgebung sei nichts anderes, als eine Geschäftsempfehlung für die ultramontanen Organe. Mit dieser Behauptung werde aber zugegeben, daß nur die Zentrums-Presse die Lehren der katholischen Kirche nicht bekämpfe und die guten Sitten nicht verletze.

Damit macht nun die Zentrums-Presse selbst auf einen schweren Mangel des Hirtenbriefes aufmerksam. Denn die Gläubigen werden dadurch wohl gewarnt, aber welche Blätter als gut oder schlecht gelten, können sie aus den sehr allgemeinen Redensarten ihrer Oberhirten nicht erfahren. Es gibt eine ganze Reihe von Blättern, die, obwohl sie für die katholische Kirche eintreten, von der Zentrums-Presse nicht bekämpft wurden. Ein Beispiel dafür ist das jetzt „führende“ Zentrumsblatt in München, der „Bayerische Courier“. Dieser wurde nach wenigen Jahren von der Zentrums-Presse als „schlechtes“ Blatt fast ganz angegriffen, obwohl sein leitender Redakteur katholischer Gesinnung war. Noch trauriger liegen die Verhältnisse beim „Bayerischen Vaterland“. Dieses wurde noch vor relativ kurzer Zeit bekämpft, und heute wird es vom katholischen Presseverein offiziell empfohlen, obwohl inzwischen wieder in der Person des Redakteurs, noch des Verlegers — letzterer ist Geistlicher — ein Wechsel eingetreten ist. Ferner ist Zentrumsblättern von Organen der eigenen Partei schon nachgewiesen worden, daß sie die Bischöfe, also die kirchliche Autorität, angegriffen haben.

Wie die liberale Presse die „staatliche Autorität“ zu „untergraben“ sucht, sieht man jetzt bei den Angriffen auf das bayerische Gesamtministerium. Ferner sollte deutlich gesagt werden, ob sich die bischöfliche Warnung auch auf jene katholischen Arbeiter- und christlichen Gewerkschaftsblätter bezieht, die den Bischof von Regensburg wegen seiner Rede über das Thema: „Wer knecht ist, muß knecht bleiben“, heftig angegriffen haben. Rechnen die Bischöfe zu der „schlechten Presse“ auch jene Blätter, deren Inhaber teil von Kurpfuschern- und Geheimmitteln-Fluziegen himmeln? Dann müßte dem zweiten Münchener Zentrumsorgan, dem „Neuen Münchener Tagblatt“, der Eingang in jedes katholische Haus verweigert werden. Ebenso erginge es dann der unter dem Einfluß des Donpropstes Dr. Pichler in Passau stehenden „Donauzeitung“, die erst vor einigen Tagen zwei große Leitartikel zur Empfehlung einer Kurpfuscherei gebracht hat, deren Treiben in einem Münchener Zentrumsblatt als gemeingefährlich

bezeichnet wurde. Der Erzbischof Dr. Bettinger von München hat es vor einiger Zeit als besonders charakteristisches Merkmal der „guten“ Presse bezeichnet, daß sie nicht lägen dürfe. Wenn das richtig ist, dann muß der Hirtenbrief ganz unabsehbare Konsequenzen haben.

Die bayerischen Bischöfe werden also mit ihrer Kundgebung eine heillose Verwirrung unter den Gläubigen anrichten. Denn die gegnerische Presse wird sich natürlich nicht die Gelegenheit entgehen lassen, nachzuweisen, daß gerade den Zentrumsblättern die Eigenschaften fehlen, die nach der Ansicht der Bischöfe die „gute Presse“ haben muß.

Unsere Genossen und Genossinnen werden im übrigen dafür sorgen, daß ihre schlechte Presse, die von den Schwarzgen so grünlich gefärbte „Volkswacht“, immer mehr Leser gewinnt und in die finsternen Winkel der Provinz eindringt, um Klärung zu verbreiten.

* **Ginter sozialdemokratischen Flugblatt-Verteilern** sind die Behörden sehr eifrig her; Proben davon haben wir gerade in den letzten Monaten häufig genug geben können. Und so, wie es darin in Schlesien ist, ist es auch in andern Provinzen. In Stargard verteilten einige arbeitslose Genossen öffentlich das Organ der Eisenbahner, den „Werkru“ und bekamen dafür von dem Gewerkschaftsbeamten, der sie damit beauftragt hatte, je eine Mark Entschädigung. Das Landgericht bestrafte die Verteiler, weil das entgeltliche nicht gewerbemäßige Verteilen von Druckschriften nur dann strafflos sei, wenn die Empfänger der Druckschriften etwas zu bezahlen hätten. Das sei aber nicht geschehen, weshalb Strafe sein müsse. Das Kammergericht hob das Urteil auf und sprach sämtliche Angeklagte frei. Begründend wurde ausgeführt: Das Landgericht lege den Begriff der Unentgeltlichkeit falsch aus. Maßgebend sei nicht das Verhältnis des Empfängers der Druckchrift zu dem Verteiler, sondern das Verhältnis des Auftraggebers zum Verteiler. Bestehe der Auftraggeber ein ernst gemeintes Entgelt, wie es hier festgestellt sei, dann lege eben ein entgeltliches Verteilen vor, das durch das preussische Pressegesetz nicht getroffen werde.

Dieses Urteil, das übrigens mit früheren Entscheidungen des Kammergerichts übereinstimmt, ist namentlich für unsere Genossen in der Provinz sehr wichtig. Verteilt ein Genosse öffentlich Flugblätter für Versammlungen, Streiks usw. und wird er dafür vom Auftraggeber mit 75 Pf. oder einer Mark bezahlt, so braucht der Verteiler keine polizeiliche oder sonstige Erlaubnis. Es ist ja bekannt, wie wenig manche Polizeibehörden geneigt sind, Legitimationskarten nach § 43 der Gewerbeordnung zum gewerbemäßigen Verteilen von Druckschriften des Sozialdemokraten auszustellen. Das Urteil des Kammergerichts zeigt den Weg, wie man auch ohne eine solche Erlaubnisakte die Flugblätter mit Recht verteilen darf.

* **Das Arbeiter-Sekretariat Breslau** war im Monat November von 1027 Personen in Anspruch genommen worden. Davon waren erstmalige Besucher 936, wiederholt erschienen 91, im ganzen wurde in 1069 Fällen Auskunft erteilt. Von den 1027 Personen waren 835 männlich und 192 weiblich. Organisiert waren 814, Ehefrauen Organisiert 96, Organisationsunfähige 117, wohnhaft in Breslau 890, auswärtige Besucher 137. Es wurden 367 Schriftsätze angefertigt. Davon entfielen auf: Arbeiterversicherung 73, Arbeits- und Dienstvertrag 48, Bürgerl. Recht 147, Strafrecht 48, Gemeinde- und Staatsangelegenheiten 31, Arbeiter-

und Schutze verwehte Strecke aufzuschauen, da sie keine Kleider haben. Es sind infolge dessen Truppen requiriert worden. Längs der Tschelentbahn, in den Kreisen Petrowsk und Kasalinsk sind über 100 Kirgisen und 5000 Stück Pferde, Kühe und Schafe erfroren. In der Steppe herrscht eine Kälte von 35 Grad Reaumur. Die Lage der Nomaden ist eine verzweifelte. Bei Durchziehen der Steppe findet man überall erfrorene Menschen und Tiere. In Andischan sind rosafarbige Schneeflocken.

Ein Vergiftungsverbrechen in Gumbinnen. In Gumbinnen sind der Schmiedegeselle Mahat, seine beiden Kinder und 3 weitere Familienmitglieder im Krankenhaus an Vergiftungen gestorben. Zwei andere Personen schweben in Lebensgefahr. Es liegt Nahrungsmittelvergiftung vor. Wahrscheinlich hatten die Vergifteten Bonbons oder Schokolade gegessen. Die Vergiftung erfolgte schon tags zuvor, ohne daß ihr zunächst große Bedeutung beigemessen wurde.

Die Erdgasquelle bei Neuenhammer macht wieder von sich reden. Das Erdgas bei Neuenhammer durchdringt jetzt das Erdreich; alle weiteren Abdichtungsarbeiten werden aufgegeben. Man will versuchen, das Gas so schnell wie möglich nutzbar zu machen, damit es den normalen Ausgang durch die Höhe nimmt.

Brand eines Greisenschiffs. Das Greisenschiff in Souplies (Frankreich) ist ein Raub der Flammen geworden. Das Feuer brach bei Tagesanbruch aus. Das sämtliche Mobiliar sowie das Archiv sind vollständig zerstört worden. Soweit bis jetzt bekannt, sind Personen nicht zu Schaden gekommen. Die nunmehr obdachlos gewordenen Greise sind durch die Dorfbewohner bis auf weiteres aufgenommen worden.

Untergang von Segelschiffen. Das Segelschiff „Pünice“ ist, wie aus Coruna gemeldet wird, mit zwölf Mann untergegangen, nur der Eigentümer des Schiffes rettete sich durch Schwimmen.

Das Segelschiff „Anna Christine“. Kapitän Sagelstein von der Firma Petersen in Neustadt in Holstein, ist in der Nacht zum Sonntag im Ostsee von der Hafeninsel von Neustadt led gesprungen und gesunken. Der Kapitän und drei Mann der Besatzung sind ertrunken. Die Leichen sind noch nicht gefunden.

Familientragödie in Birmingham. Als die Tochter eines Hausbesitzers in Birmingham die Wohnung eines gewissen William Pope betrat, um die Miete einzulassen, fand sie den Mann mit durchschüttelter Kehle auf einem Stuhl in dem Wohnzimmer liegen. Das Mädchen lief erschrocken fort und holte die Polizei. Inzwischen war Pope aber schon verblüht. Auf einem Bette im Nebenzimmer lag Frau Pope mit durchschüttelter Kehle auf einem Tische daneben lagen die auf dieselbe Weise abgetötenen beiden Kinder des Ehepaars. Überall im Hause sah man Blutspuren. Überall herrschte die wildeste Un-

ordnung. Offenbar mußte Pope einen schweren Kampf mit seiner Frau bestanden haben, ehe er sie und die Kinder umgebracht hatte. Der Grund für die entsetzliche Tat ist noch unbekannt. Der Mann, der erst 27 Jahre alt war, galt als ein tüchtiger Arbeiter und guter Familienvater.

Raubüberfall auf eine Krankenkasse. In der Dittschankenkasse in Gumbinnen wurde ein Raubüberfall verübt. Ein etwa 26 Jahre alter Mann drang in das Kassental ein und schlug den Kassierer mit einem schweren Hammer zu Boden. Er verletzete ihn so schwer, daß an dem Aufkommen des Beamten gezweifelt wird. Wahrscheinlich hatte es der Täter auf eine Verwundung der Kasse abgesehen, doch konnte er sein Vorhaben nicht ausführen, weil er überfallen wurde. Es gelang ihm, zu fliehen. Er wird dem Vernehmen nach in der 3. Klasse eines Zuges der Strecke Thorn-Posen um 10.30 Uhr gefangen worden sein. Die Polizei auf der ganzen Strecke ist angeworben, bis jetzt konnte man jedoch des Täters nicht habhaft werden.

Literatur.

Ein besonders eifriger Briefmarkensammler soll der jetzige König von England sein. Schon in seiner Jugend soll er sehr eifrig Briefmarken gesammelt haben. Sein Hauptaugenmerk hat er auf die Marken von Großbritannien und die Kolonien gesetzt. Erst kürzlich hat er für zwei seltene Briefmarken die Kleinigkeit von 58.000 Pfund gezahlt. In Arbeitertreuen ist das Briefmarkensammeln mehr wie man vielleicht vermutet, verbreitet. Selbstverständlich ist bei diesen an die Erwerbung seltener Stücke, und sollen sie nur eine Kleinigkeit, nicht im entferntesten zu denken, denn diese brauchen ihr Geld notwendiger. Immerhin aber gibt es sicher eine ganze Reihe von Arbeitern und Arbeiterinnen, die sich schon eine ganz achtbare Briefmarkensammlung angeeignet haben. Nicht zu übersehen ist hierbei die Bedeutung eines wirklich guten Sammelbuches. Dieses gibt dem Sammler von vornherein Anleitung, was und wie er sammeln soll, und ist deshalb von grundlegender Bedeutung für die ganze Entwicklung der Sammlung. Es sollte deshalb jeder Sammler von vornherein darauf bedacht sein, ein wirklich gutes Album, das vor allem absolut vollständig ist, zu erwerben, und hierfür kann in allererster Linie das seit nahezu 30 Jahren bestehende und alljährlich in neuer Auflage erscheinende Schwaneberger Briefmarken-Album empfohlen werden. Das Album, von dem toben die Neuauflage 1911 herausgegeben worden ist, wird in nahezu 70 verschiedenen Sprachen geliefert, und da in demselben alle Briefmarken von wenigen Pfennigen bis zu 200 Mark pro Stück enthalten sind, wird jeder Sammler ein Album finden, das für seine Bedürfnisse geeignet ist. Die Verleger des Albums, die Firma Schwaneberger in Stolpe, Leipzig I., verdienen auf Wunsch kostenlos große, illustrierte Albumprospekte sowie Probeblätter. Interessenten können sich besonders darauf bewerben.

Bewegung, Privatversicherung, Handels- und Gewerbesachen und Diverfes 18. Die Art der Auskünfte war wie folgt: Arbeiterversicherung 241, Arbeits- und Dienstvertrag 147, Bürgerl. Recht 401, Strafrecht 110, Gemeinde- und Staatsangelegenheiten 125, Arbeiterbewegung, Privatversicherung, Handels- und Gewerbesachen und Diverfes 45. Außerdem wurden vier Mal Vertretungen vor dem Schieds- und Amtsgericht übernommen.

Die Mahnungen, daß die Besucher des Sekretariats über den Ausgang ihrer Sache mündlich oder schriftlich berichten sollen, müssen wiederholt werden, zumal sich das Berichtsjahr seinem Ende zuneigt. Es soll eine möglichst vollständige Statistik über die Erfolge und Misserfolge der Arbeiten im Sekretariat herausgegeben werden.

*** Vom Studentenstreik im zahnärztlichen Institut** auf dem Burgesse meldet die „Presl. Blg.“, daß 2 Studierende im Entwurfsbüro mit dem Streikkomitee die Arbeit im Institut fortsetzen, um in der laufenden Behandlung gewisser Patienten keine Störung eintreten zu lassen. Am Dienstag sei es bereits nicht mehr möglich gewesen, alle Patienten, die Hilfe suchten, abzufertigen, sondern viele mußten wieder weggeschickt werden. Die Professoren und der Kurator der Universität, Oberpräsident Dr. v. Guenther, beteuern, daß sie die schlimmen Zustände nicht ändern können. Die Inflation, die Abhilfe schaffen können, seien der Kultusminister und der Preussische Landtag. Der Oberpräsident soll empfohlen haben, einen unserer Breslauer Abgeordneten mit dieser Angelegenheit zu betrauen und sich bereit erklärt haben, sich selbst in diesem Sinne zu wenden.

Die „Breslauer Zeitung“ empfiehlt, mit dieser Sache den hiesigen neugewählten Breslauer Landtagsabgeordneten Dr. Ehlers zu betrauen, denn die beiden anderen Breslauer Landtagsabgeordneten, die Herren Dr. Wagner und Major a. D. Stroßner, hätten doch zum mindesten den Beweis erbracht, daß sie es nicht verstanden haben, mit dem Nachdruck auf die Mißstände in unserem zahnärztlichen Institut hinzuweisen, der zu einer Besserung geführt hätte.

Es muß betont werden, daß sich bis jetzt noch nicht eine einzige Stimme gegen den Studentenstreik erhoben hat. Wie traurig müssen die Zustände im zahnärztlichen Institut sein, wenn die Professoren und der Oberpräsident den Studenten mit Vorschlägen zur Beseitigung der Mißstände an die Hand gehen. Und dann die Studenten selbst. Wie lange mögen sie mit sich selbst gerungen haben, ehe sie die Arbeit einstellten. Nicht einmal die „Schlesische Zeitung“, die doch sonst in jedem Streik ein Stück Revolution erblickt, wagt es, gegen die Studenten etwas zu sagen. Also, es muß sehr schlecht im zahnärztlichen Institut aussehen, und die Hilfe ist noch so fern. Es gibt ja auch viel wichtigere Dinge, womit man sich beschäftigen muß. Der Kampf gegen die rote Flut, der darf doch vor allen Dingen nicht vernachlässigt werden. Mag sonst alles drüber und drunter gehen, wenn nur die Sozialdemokraten nicht weiter vordringen; dann ist der Staat gerettet. Schade nur, daß selbst den Zahmisten die Gebuld reißt und Ereignisse wie der Studentenstreik deutlich zeigen, daß die gute Gefinnung von den Verhältnissen einfach über den Haufen geworfen wird.

*** Mit den Schwindelkassen** haben wir uns in den letzten Jahren sehr oft beschäftigen müssen, da sie ihre Opfer gerade bei den Arbeitern und Arbeiterinnen fordern, die sich die Beiträge vom Munde abdarben und leider meistens zu spät erfahren, daß sie betrogen worden sind. Oft genug hat uns, wenn wir das schwindelhafte Gebahren solcher Kassen geahndet haben, unser Vorgehen eine geharnischte Entrüstungs-Epistel der Kassenmacher eingelagert. Das war aber noch das Geringste. Einige dieser Herren, die es auf die finanzielle Schröpfung der Armen der Kassen abgesehen haben, besahen die Unverschämtheit, uns — wenn wir Kritik übten — mit dem Rabi zu drohen oder uns auch eine Klage an den Hals zu hängen. Wie sehr aber eine fortwährende Kritik an zweifelhaften Krankenkassen am Plage ist und wie notwendig die Warnungen vor dem Betritt zu solchen Schwindelunternehmungen sind, beweist das unten abgedruckte Schreiben, das die Germania, Krankenversicherungsanstalt in Braunschweig, ihren bisherigen Mitgliedern zuschickt:

Braunschweig, den 23. November 1910.
Sehr geehrter Herr!

Zu der am 8. vorigen Monats stattgefundenen außerordentlichen Generalversammlung ist einstimmig die Auflösung unserer Kasse beschlossen worden. Die bezüglichen Bekanntmachungen sind in Nr. 225 des Deutschen Reichs- und Königlich-Preussischen Staats-Anzeigers und in Nr. 224 der Braunschweigischen Anzeigen erschienen.

Nach dem in der Generalversammlung erstatteten ausführlichen Bericht ist die Kasse in zahlreichen Fällen durch langandauernde Krankheiten sehr stark belastet worden und zwar zum großen Teil von Mitgliedern, die erst ganz kurze Zeit der Kasse angehört. Andererseits sind viele Mitglieder mit ihren Beiträgen im Rückstand geblieben; die betreffenden Beiträge sind zum Teil völlig uneinbringbar, zum andern Teile werden sie erst auf dem Abwege eingezogen werden müssen. Angesichts dieser Umstände erschien es ausgeschlossen, die Kasse noch länger existenzfähig halten zu können, obwohl die Kosten der Geschäftsführung nicht erheblich waren und die sämtlichen Vorstandsmitglieder von Anfang an ehrenamtlich ohne Vergütung tätig gewesen sind. Um eine Ueberbürdung der Kasse zu verhüten, hat die Generalversammlung die Auflösung der Kasse beschlossen.

Für Krankheitsfälle, die nach dem Zeitpunkt der Auflösung der Kasse eingetreten sind, können nach § 30, Absatz 2 und 3 der Satzungen Entschädigungen nicht mehr gezahlt werden, auch dürfen etwaige Anträge auf Rückzahlung bereits gezahlter Beiträge nach § 13 des Krankenversicherungsgesetzes nicht berücksichtigt werden.

Die Mitglieder sind nach § 30, Abs. 1 der Satzungen, sowie nach dem Krankenversicherungsgesetz verpflichtet, ihre Beiträge noch bis zum 31. Dezember d. J. zu bezahlen. Wenn indes die Beitragszahlungen bis Ende November d. J. ordnungsgemäß erfolgen, hoffen wir, den Mitgliedern die Dezemberbeiträge erlassen zu können. Wir bitten daher alle Mitglieder, die Beiträge bis einschließlich November, demnach nicht geschuldet, namentlich bei Verzögerung der betreffenden Quittungen prompt zu entrichten, oder dieselben bis 5. Dezember d. J. per Postanweisung an uns einzulösen.

Allen denjenigen Brüdern, die versetzt gewesen sind, die Interessen der Kasse zu fördern, sprechen wir hiermit unsern besondern Dank aus und empfehlen die Germania, Krankenversicherungsanstalt E. G., Braunschweig, im Liquidation.

Berttram Walferscheid.

Dieses Schreiben läßt an Originalität nichts zu wünschen übrig. Die Kasse soll zum Schutze der Krankenkassen da sein, erheben aber die Mitglieder im Krankheitsfalle Ansprüche, dann wird — wegen Ueberlastung der Kasse — die Auflösung beschlossen. Krankengelder werden nicht mehr ausgezahlt. Die Geschäftsführung erfordert nur unerhebliche Kosten, und die Vorstandsmitglieder sind ehrenamtlich tätig, erfordern also gar keine Kosten. Aber Beiträge müssen die Mitglieder weiterzahlen. Nur dann, wenn bis Ende November genügend beisammen ist, dann sind die Kassenmacher anständig genug, sie bis zum 31. Dezember zu erlassen. Wer so das „Interesse der Kasse“, das in diesem Falle gleichbedeutend ist mit dem Interesse einiger weniger Personen, fördert, dem ist der Dank der Macher sicher. Je höflicher man denen kommt, die auf die Verlockungen solcher Krankenkassen hereinfallen, um so sicherer werden sie sich wieder von ähnlichen Instituten einsparen lassen. Wir können immer wieder nur warnen, solche Kassen zu unterstützen.

*** Bund der technisch-industriellen Beamten.** In der am 8. d. M. im „Deutschen Kaiser“ abgehaltenen öffentlichen Versammlung hielt Professor Dr. Staubinger einen Vortrag über Handelsmoral, Handelsmoral und Genossenschaftsmoral. Einleitend erörterte der Vortragende den Begriff Moral. Es bezieht sich ein jeder Mensch auf andere Gemütsbestimmungen, was wir uns eigentlich vorstellen sollen. Unbedingt müssen wir darunter etwas Unumstößliches verstehen, eine festgesetzte Ordnung, die uns die Richtschnur für unser Leben sein muß. Wenn wir uns das Gebot „Du sollst nicht töten“ betrachten, so müssen wir wahrnehmen, daß unser Tun mit dem Moralgesetz nicht in Einklang zu bringen ist. Im Ringe lautet das Gebot „du selbst töten“. Wir sehen daraus, daß dasselbe Gebot einmal gilt, das andere mal nicht gilt. In unserem ganzer Leben bis ins Altertum zurück, waren die geistigen Interessen mit den materiellen innig verknüpft. Der Vortragende entrollte von den Verhältnissen ein Bild, dem sich die Gier, die Schwächen sich unterzügen zu machen, sie anzubereichern und die Gier, alle Herrschaft sich anzueignen, sich widerspiegelte. Die Freiheit der Persönlichkeit habe weder der Feudalismus noch die Kirche, die mit ihm in Verbindung stand, je anerkannt. Anders die Handelsmoral. In ihr sei wohl der moralische Gedanke der Freiheit erwacht, sie habe aber nur Rechte dem zubilligen wollen, der verträglich war, der Unberechnete sollte die gleichen Rechte nicht haben. Obwohl im Handel und Industrie gewaltige Werke vollbracht wurden und der menschliche Geist sich wunderbar entwickelte, so zeigte sich aber auch hier die Prostitution. Das, was im Mittelalter die Wegelagerer waren, die darauf ausgingen die Menschen zu betrauben, das sind jetzt die profitgierigen Erbkäse und die sonstigen Spekulanten. In dem kapitalistischen System kommt jetzt noch das Polyzystem, durch das alle Lebensmittel verknüpft werden. Das ein Volk ist es an der Entwicklung um 8. Wert. Wirtschaftsweltens. Im Hinblick auf diese Zustände sei die Schaffung eines neuen Systems, einer Sozialmoral, unbedingte Notwendigkeit. Die Gründung von Genossenschaften sei das Mittel, dem kapitalistischen System mit Erfolg entgegenzutreten zu können. Der Markt der Kapitalisten müsse die Macht der Konsumenten entgegengestellt werden. Was nützt den Arbeitern die Erzeugung besserer Waren und Arbeitsbedingungen, wenn sie durch Verteuerung aller Verbrauchsgüter, die Erhöhung der Mieten, wieder absorbiert werden? In dem Zusammenhang in Genossenschaften liegt das Mittel, den Klagen ein Loch zu schlagen. Es sollte für Genossenschaften ein größeres Verständnis gewacht werden, wie das in England der Fall sei; dann werde sich der Gesichtskreis erweitern und wir werden erkennen, daß das Heil gegenüber der Polyzistik und des kapitalistischen Handelsystems nur in der Macht der Konsumenten zu suchen ist. Die Menschen stehen sich noch zu fremd gegenüber, in der Genossenschaft nähern sie sich. Hier fühlen sie sich solidarisch; die Genossenschaft reißt nicht nieder, sie baut auf und Liebe und Freundschaft ein. Worin liegt denn der Wert der genossenschaftlichen Vereinigung? In der Debatte führte Rechtsanwalt Püschel an, daß die Einheitsgenossenschaft der Rechtsanwälte ihnen bereits große Vorteile gebracht habe. Alle Interessen werden in der Genossenschaft gefaßt. Es sei geradezu erstaunlich, wie sie in kurzer Zeit sich rezentriert habe. Genosse Kurh machte die Versammlung auf den gefährdeten Konsum- und Sparverein „Vorwärts“ aufmerksam und wies darauf hin, daß auch die technischen Beamten nicht in der glänzenden Lage sich befinden, daher die Genossenschaft nur begünstigen könnten.

*** Einen Wundenzauber** veranstalteten am 30. Juli, Abends, jedoch ohne vorherige Herabsetzung, einige Gäste der Restauration von Klimeck, früher Stebe, Claassenstraße 11. Allerdings wurde von dem Gastwirt, einem ehemaligen Schutzmänn, gleich die Hilfe der Polizei verlangt, die sich dabei nicht gerade wieder Vorbeeren geholt hat. Der schon acht Jahre dort tätige Hausknecht Busch war mit einem vermeintlichen anwesenden Spitzel in Wortwechsel geraten. Der Gastwirt Klimeck nahm aber für den Spitzel Partei und gab beim Streit dem Hausknecht zur Antwort: „Ich werde ihn schon dahin bringen, wohin er gehört.“ Dieser erwiderte natürlich in mehreren Schimpfworten die Beleidigung. Der Gastwirt ließ nun gleich die Polizei holen. Dies gab den anwesenden Gästen Veranlassung, gegen den Gastwirt Partei zu ergreifen. Es entstand ein Tumult, bei dem gegen den Gastwirt auch mit Biergläsern und dergleichen geworfen wurde. Dieser forderte alle Anwesenden auf, sein Lokal zu verlassen, was aber nicht sofort alle taten, da sie noch ihre bestellten Getränke und Speisen zu sich nehmen wollten. Inzwischen erstiegen der Schutzmänn Winkler auf dem Kampfsplatz, dem sich dann noch der Schutzmänn Clemens zugesellte. Winkler forderte im Auftrage des Gastwirts zum Verlassen des Lokals auf und fing, da nicht alles gleich hinausstürzte, nach seiner eigenen Aussage, von hinten an, das Lokal zu räumen. Er schob die Gäste immer seinem an der Tür stehenden Kollegen Clemens zu, der darauf beobachtete, niemanden mehr hereinzulassen. Bei diesem Räumen zog Winkler den Arbeiter Ratter, der ihn allerdings vorher schon beleidigt hatte, hinter einem Tische hervor, nahm seinen Säbel und hieb auf Ratter ein, so daß er blutüberströmt hinausgeführt wurde. Ratter, der betrunken, und darüber empört war, widerstrebt beim Transport und ließ sich auch nicht verbinden, so daß er nach dem Krankenhause überführt werden mußte. Der Schutzmänn Winkler glaubte deshalb den Säbel ziehen zu müssen, weil Ratter die Faust erhob. Die anderen felen dem handelnden Schutzmänn in die Arme und verteilten damit ein weiteres Blutvergießen. Sie wurden aber alle des gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs angeklagt und hatten sich am Dienstag vor dem hiesigen Schöffengericht zu verantworten. Es waren 15 Angeklagte und 3 Zeugen anwesend. Bei der Verhandlung ging es nun dementsprechend sehr lebhaft zu. Jeder Angeklagte hatte das selbstverständliche Bestreben, seine Unschuld zu beweisen. Der eine tat dies impulsiver als der andere und mußte sich deswegen manchmal vom Vorsitzenden eine Zurechtweisung gefallen lassen. Die meisten erklärten, daß es ihnen unmöglich war, sich aus dem Lokal zu entfernen, da der Schutzmänn Clemens die Tür zupielte, was dieser jedoch bestritt. Es nahmen auch mehrere ihren Weg durch das Fenster. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Hauptangeklagten Ratter eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten, gegen Kaschke 2 Monate, gegen Busch 30 Tage Geldstrafe oder 10 Tage, gegen zwei Angeklagte Freiprechung, und gegen die übrigen je nach Gefährlichkeitsgrade von 1 Monat, und zwar wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs. Es ist eine tolle Komödie gewesen. Der Schutzmänn habe gegen Ratter in Wortwechsel gehandelt. Der Verteidiger für Busch plädiert für eine geringere Strafe. Verschiedene Zeugen, die heute als Angeklagte von der Staatsanwaltschaft hierher zitiert worden seien, wären eigentlich Zeugen, und zwar Entlastungszeugen für seinen Mandanten. Ein gemeinschaftlicher Hausfriedensbruch liegt nicht vor. Der Schutzmänn Winkler habe mit dem Säbel gehauen, ohne daß ihn jemand angegriffen habe. Vorzubringen sei auch, daß der Gastwirt Klimeck früher Schutzmänn gewesen und dieser in einem Vorverfahren wegen der Souveret Winklers beschworen habe, daß dieser in Notwehr gehandelt habe. Das Ermittlungsverfahren schwebt noch. Der Gastwirt habe selbst die aus kleinlichen Hinterreden hervorgegangene Geschichte durch sein Herbeiholen der Polizei verschuldet. Der zur weitestgehenden Strafe vom Staatsanwalt zu verurteilende Droschkenbesitzer Kaschke lehnt nun den Vorliegenden wegen Belangenheit ab, worauf aber dieser nicht mehr eingeht, da längst die Beweisaufnahme geschlossen sei. Es entstand nun zwischen ihm und dem Vorsitzenden ein heftiger Wortwechsel. Der Staatsanwalt beantragte deshalb gegen Kaschke eine sofort zu vollziehende Gefängnisstrafe von 2 Tagen wegen Ungehör vor Gericht. Das Gericht beschloß demgemäß. Die anderen Angeklagten erlitten um Freisprechung. Das Gericht verurteilte den Hauptangeklagten Ratter wegen einfachen Hausfriedensbruchs, Verdröhung und Beleidigung zu 6 Wochen Gefängnis, den Busch zu 9 Mark Geldstrafe, sieben Angeklagte zu je 15 Mark Geldstrafe und sprach die Angeklagten Kaschke, Glöcker, Schäfer, Ludwig und Schuberger frei. Die Anklage gegen Griebisch wurde zurückgezogen.

Wären nicht der Gastwirt und frühere Schutzmänn Klimeck und der Schutzmänn Winkler in solche große Unregung geraten, dann würde sicher aus der ganzen Sache nichts. Es scheint aber, daß Klimeck seinen früheren Beruf nicht verleugnen konnte.

*** Die Anwendung des § 153 der Gewerbeordnung** (Belästigung von Arbeitswilligen) erlitt vor dem hiesigen Schöffengericht am Dienstag ein schmachvolles Mißlo. Der Schuhmacher Werner war während des Streiks bei Dornberg beurlaubt, Streikposten zu stehen. Der Arbeitswillige Jung wurde von Werner angepöbeln. W. erklärte ihm, daß bei Dornberg gestreikt wird. Darauf erklärte Jung dem Streikposten, daß ihn das nichts angehe, wenn er arbeite und er werde ihm „die Wampe abreißen“. W. hat darauf geantwortet: „Wenn Du etwas raus haben willst, brauchst Du es bloß sagen“. Der Staatsanwalt beantragte deshalb gegen ihn wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung eine Gefängnisstrafe von fünf Tagen. Der Verteidiger des Angeklagten wies nach, daß das Streikposten stehen eine Belästigung oder eine Hindernis an der Arbeit in sich schließt, sondern nur deshalb gelöst werde, um Arbeiter, die keine Kenntnis von dem Streik haben, aufzuklären und zu belehren. Die Streikposten hätten die strenge Meinung, sich jeder Ausbreitung zu enthalten. Die Worte des Angeklagten enthielten keine Drohung, seien auch nicht als Beleidigung aufzufassen. Das Gericht schloß sich den Ausführungen des Verteidigers an. Ein Anpöbeln der Arbeitswilligen sei selbstverständlich, denn sonst wäre streikposten verboten. Jung habe nur Angst vor W. erregt gehabt. Dieser habe aber keine drohende Haltung eingenommen, sondern erst auf die Auspöbelungen Jung's geantwortet. Er sei deshalb freizusprechen. Wir wünschen, es würden bei Gericht öfter solche Ansichten prävalieren.

*** Der Graf und sein Kammerdiener.** Der Diener Johann Friebe war vom Jahre 1905 ab bei dem Majoratsinhaber Arthur Graf Sautma-Felsch in Lorzendorf beschäftigt. Zu seinem täglichen Dienste gehörte auch die Bedienung der Waschanlage. Am 17. Dezember desselben Jahres entstand in nicht angelegter Weise im Hause des Grafen eine Explosion, wobei der Diener einen Merendoc erlitt, der ihn für seinen Dienst ferne hin untauglich machte. Nach Aufgabe seiner Stellung wandte er sich mit Entschädigungsansprüchen an den Grafen und als er damit abgewiesen wurde, verfuhr er in Zivilverfahren seine Forderung durchzusetzen. Er begründete seinen Anspruch damit, daß er dem Grafen wiederholt mitgeteilt habe, daß die Gasleitung undicht sei. Der Besagte wandte hiergegen ein, daß er einen Inzornier mit der Prüfung der Anlagen betraut habe, der dieselbe in Ordnung fand. Nach langen Verhandlungen kam es schließlich am 14. Oktober 1909 vor der hiesigen 8. Zivilkammer zu einem Termin, in dem beschloffen wurde, dem Grafen für seine Klage den Eid zujurüben. Gegen diesen Beschluß legte der Diener Berufung beim Oberlandesgericht ein. Sie wurde aber verworfen. Am 7. Juli 1910 leistete schließlich der Graf den Eid. Daraufhin wurde der Diener mit seinen Ansprüchen kostenpflichtig abgewiesen. Friebe, der der Meinung war, der Graf könne nicht mit gutem Gewissen schwören, wandte sich vorher in einem Briefe an die Grafen, worin er um einen gewissen Vergleichsvorschlag nachsuchte, da er, wie er sich vorhin erklärte, den Grafen vor einem schließlichen Eid schätzen wolle. In zwei späteren Briefen an den Rechtsbeistand des Beklagten wiederholte Friebe sein Anliegen, jedoch ohne jeden Erfolg. Der Graf übergab schließlich die Briefe der Staatsanwaltschaft, die wegen „verrückter Erregung“ die Anklage gegen den Diener erhob. In der heutigen Verhandlung vor der 8. Strafkammer beantragte aber der Staatsanwalt selbst die Freisprechung, da sich der Angeklagte seiner Rechtsminderlichkeit bewußt sei, sondern vielmehr in gutem Glauben gehandelt habe. Das Gericht schloß sich diesen Ausführungen an und erklärte, gestützt auf ein Urteil des Reichsgerichts in einem ähnlich liegenden Falle, nach dem Antrage des Staatsanwalts.

*** Willige Fahrt auf der Eisenbahn.** Der Reisende einer Berliner Firma wurde eines Tages am hiesigen Hauptbahnhofe dabei ertappt, als er beim Passieren der Kontrollpore dem Beamten eine falsche Fahrkarte abgab. Der Reisende hatte ein Billet von Schweidnitz nach Dypeln gelöst und war darauf bis nach Breslau gefahren. Ein Mitreisender, der sich im selben Coupe befand, und der sich später als ein Eisenbahnbeamter in Zivil entpuppte, hatte sein Gegenüber dabei beobachtet, wie er sich aus seiner Reisetasche eine seiner großen Anzahl Fahrkarten, diejenige auswählte, die ihm für seine Zwecke passend erschien. Er schaffte sogleich Nachsicht und verfolgte den Fremden beim Verlassen des Zuges unauffällig weiter. Als er bemerkte, wie der Verdächtige mit einer Bahnsteigkarte den Perron verließ, hielt er ihn an und forzte für seine Personankennzeichnung. Der Reisende versuchte den Beamten durch ein plötzliches Verprechen über sich zu gewinnen und bat ihn, die Sache aus der Welt zu schaffen. Damit hätte er jedoch kein Glück. Bei der Durchsicht seines Gepäcks fand man zahlreiche Billets aus verschiedenen Gegenden, was den untersuchenden Beamten in der Vermutung begründete, daß der Eilfahrende den gleichen Trick schon oft mit Erfolg durchgeführt habe. Der Eisenbahnbeamte beobachtete ihn nun mit einem Strafmandat von 6 Mkt. Auf die außerdem noch erstattete Strafanzeige hatte er sich jetzt vor dem hiesigen Schöffengericht zu verantworten. In der Verhandlung entschuldigte er sich damit, daß er in Dypeln die Zeit verstreifen habe und dann erst auf den Gedanken gekommen sei, durch den angewandten Trick die Entdeckung zu verhindern. Die angesammelten Karten erheben er nicht in betrüblicher Absicht bei sich geführt, sie seien ihm lediglich durch Verleihen der Kontrollbeamten verblieben. Das Gericht hielt ihn durch die Beweismittel an und verurteilte ihn wegen Vergehens zu einer Geldstrafe von 100 Mkt., eventuell 20 Tagen Gefängnis.

*** Studentinnen an der Breslauer Universität.** In laufenden Wintersemester haben 161 Frauen vom Rektor die Erlaubnis erhalten, Universitäts-Vorlesungen zu hören. Von ihnen sind 150 Deutsche, 1 ist aus Österreich und 1 aus den Vereinigten Staaten von Amerika.

*** Deutscher Bauarbeiter-Verband.** Mittwoch, den 7. Dezember Abends 7 Uhr, findet im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Margaretenstraße 17, eine Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: 1. Anträge des Vorstandes. 2. Wahl der Delegierten von der Konferenz. 3. Wahl der Räte- und Bauarbeiterkommissionen-Delegierten. 4. Wahl einer Beschwernekommission. 5. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert. Die Ortsverwaltung.

Die nächsten Aufgaben des deutschen Volkes.

Neben dieses hochwichtige Thema spricht der Reichstags- Abgeordnete und badische Landtagsabgeordnete Genosse Ludwig Frank am Sonntag Abend im Gewerkschaftshause. In der gegenwärtigen, politisch so liberalen bewegten Zeit ist zu erwarten, daß die Versammlung stark besucht sein wird. Die Versammlung beginnt Abends 7 Uhr.

Die Weihnachts-Bücher-Ausstellung im Zimmer 1 des Gewerkschaftshauses, täglich geöffnet von 5 bis 10 Uhr Abends, bringt viel Schönes und Gutes vom Büchermarkte für Jung und Alt. Jeder findet etwas, was ihn fesselt und zur Betrachtung des Ganzen einleitet. Da die Ausstellung Sonntag, den 11. Dezember, geschlossen wird, tut Eile not für den, der sich die Ausstellung ansehen will. Ein Eintrittsgeld wird nicht erhoben.

Die Programme der politischen Parteien. Der sechs- und letzte Vortrag in dem von der Frauenklubmrechter-Gruppe des Vereins „Frauenwohl“ veranstalteten Zirkels findet, worauf besonders aufmerksam gemacht wird, am Freitag, den 9. Dezember, im großen Saale des „Kaufmannsheim's“, Schühbrücke 50/51, statt. Redakteur Lohse wird über das Programm der Sozialdemokratie sprechen. Der Beginn ist auf 8 1/2 Uhr Abends festgesetzt.

Alteina, Tabakarbeiter! Freitag, den 9. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr, ist im Hoffmann'schen Restaurant, Grenzhausstraße, eine Versprechung aller Arbeiter und Arbeiterinnen, die bei der Firma Löwenberg beschäftigt sind. Die Firma Löwenberg beschäftigt bekanntlich nur Arbeiter. Die Forderungen sind so niedrig, daß es ausgeschlossen erscheint, dabei existieren zu können, trotzdem die tägliche Arbeitszeit in der Regel 16-18 Stunden beträgt. Es kommt vor, daß die Arbeiter mit dem Material nicht ausreichen und um die Arbeit nicht zu verlieren, Deckblatt und Umblatt hin- und herlaufen müssen. Unbedingt ist es an der Zeit, diese Zustände zu beenden. An den Arbeitern der Firma wird es nun liegen, hier Wandel zu schaffen. Ein größerer Teil der Arbeiter ist längerer Zeit im Bureau der Tabakarbeiter-Vereine beschäftigt. Die Delegierten werden ersucht, ob alle Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Löwenberg gewillt sind, sich bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschaffen. Erscheine ein jeder!

Wachung, Kammer und Hilfsarbeiter! Heute Mittwoch, den 7. Dezember, Abends 7 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Zimmer 3/4 des Gewerkschaftshauses.

Die beim Verzugigen der Puffer im Gewerkschaftshause liegenden abgelebene Pelzboas ist immer noch nicht abgeholt worden. Dieselbe kann am Buffet des Gewerkschaftshauses in Empfang genommen werden.

Tollstoßfeier. Eine stimmungsvolle Fete fand am Montag, den 28. November in den Sälen der Wohnung zu Ehren des Doctors Tollstot zum besten armer Zivildienstler statt. Eine weisevolle Stimmung erzeugte der wirkungsvoll vorgetragene Trauermarsch von Liszt, op. 88, „Unter den Trauerweiden“, vorgetragen von 36 Mitgliedern des Zentralverbandes deutscher Zivildienstler, Ortsgruppe Breslau unter Direktion des Herrn Otto Stähler. Herr Karl Bohne leitete in seiner Ansprache den Tollstot als Dichter, Redakteur und Aktivist. Erhöht wurde die Stimmung durch die pianistischen Darbietungen des Aderlervirtuosen Herrn Josef Leber, der durch seine „Symphonie an Tollstot“ und Mendelssohn-Liszt's „Auf Flügeln des Gesanges“ Herz und Gemüt erregte. Mit gespannter Aufmerksamkeit nahm man den Vortrag Dr. Barchabas entgegen, der „Tollstot vom Standpunkte der praktischen Menschenkenntnis“ be- werte, an der Hand einer Reduktion des russischen Künstlers Gubersbell. Der übrige Teil des Abends wurde durch musikalische Darbietungen der Konzertkapelle ausgefüllt und mit dankbarem Beifall aufgenommen. Zum Vortrag kamen: Einleitung zu: Lohes von Max Bruch, op. 16, Stimmung, Gigue für Klavier und Horn von H. Stork und zum Schluß Mozarts A-ben verum corpus mit Harmoniumbegleitung durch Herrn Karl Bohne. Von mehreren Seiten wurde der lebhafte Wunsch geäußert, diese erhebeude, in all ihren Teilen wohlgeplante Fete in größerem Maßstabe zu wiederholen.

Stadt-Theater. Mittwoch: „Carmen“. Donnerstag: „Levadia“ mit Fel. Margarete Siems als Violetta. Freitag: „Elektra“ (Anfang 7 Uhr). Sonnabend: „Faust“ (1. Teil). (Anfang 7 Uhr). — Sonntag findet ein einmaliges Maskenspiel der Königl. Kammerbühnen Sigrid Arnoldson statt. Zur Aufführung gelangt die Oper „Mignon“ von Ambroise Thomas mit der Künstlerin in der Titelpartie. Die Preise sind nicht erhöht.

Oper-Theater. Mittwoch: „Der Feldherrnhügel“. Donnerstag: „Bienenliebe“. Freitag: „Die Fledermaus“. Sonnabend findet die erste Aufführung der neuen Operette „Das Musikantenmädchen“ von Bernhard Kuchbinder, Musik von Georg Jarro, statt. Die Titelrolle spielt Fel. Fidler; die Charakterrolle des Herrn Josef Haydn wird von Herrn Guitmann dargestellt. In der weiteren Rollen sind die Damen: von Gidöl als Tänzerin Montebelli, Yang als Fürstin Esterhazy, Wandres als Prinz Eggerthay und Herren: de Carlo als Fürst Esterhazy, von Thuma als Herr Karl, Prant als Diener Peter und Siska als Salomon beschäftigt. Die musikalische Leitung hat Kapellmeister Rosenbergs. Der Vorverkauf für die erste Aufführung der neuen Operette wird Donnerstag eröffnet.

Breslauer Schauspielhaus. Zum 46. Male geht heute Mittwoch „Die kaukasische Skizze“ in Szene. Morgen Donnerstag und Freitag wird bei gewöhnlichen Preisen die Oper „L'opéra-buffe“ von Kouqueis in der bekannten Fassung gegeben. — Sonnabend Abend findet die Premiere des „Beknachtsmärsches“ von Franz Gauß und M. Schütz statt. Die Musik stammt von Heinrich Fesle, der auch in Breslau als Komponist sich großer Beliebtheit erfreut. Er wird die Erstaufführung der „Goldenen Märchenwelt“, die am Wiener Hofoper-Theater vor einigen Jahren unter großem Beifall über 100 Aufführungen erlebte, selbst leiten. Sonntag Abend geht „Die goldene Märchenwelt“ zum 2. Male in Szene. Die Reihenfolge der wöchentlichen Abonnementsvorstellungen muß infolgedessen eine Änderung erfahren, als „Der Piccolo“ bereits am kommenden Montag, den 12. Dezember, gegeben wird während dafür die ursprünglich für diesen Tag anberaumte Vorstellung der „Schönen Helena“ auf Montag, den 19. Dezember, verlegt wird.

Töblich überfahren wurde Dienstag Abend auf dem Ring vor dem Paradieschen Warenhaus in einem Kinderwagen ein 10-jähriges Mädchen durch einen Omnibus. Die 13-jährige Schwester einer Angestellten im Warenhaus erwartete diese Draufgänger und ließ den Kinderwagen, in dem sie ihre 10-jährige Schwester geladen hatte, draußen stehen. Ein Omnibus, der vorbeifahren kam, fuhr den Kinderwagen um und überfuhr das aus dem Wagen stürzende Kind, das eine Stunde später in der elterlichen Wohnung auf der Friedrich-Karlstraße seinen Verletzungen erlag.

Schwerer Straßenunfall. Ein Infante des hiesigen Armenhauses kam Montag auf der Burgstraße vor der Unierschäfers- bühne zu Fall und zog sich so schwere Verletzungen an der rechten Kopfseite zu, daß er in das Allerleithospital überführt werden mußte.

Ueberfahren wurde Montag auf der Feldstraße, Ecke Klosterstraße ein sechsjähriger Schüler von einem ein- wohnigen Koffenwagen; der Knabe erlitt Verletzungen an den Beinen und Beckenabschnitten an einem Hüfte.

Auf der Klosterstraße ließ vorgestern ein Straßenbahnwagen mit einem Bierwagen zusammenstoßen, was eine bedeutende Beschädigung des Motors aus der Straßenbahn zur Folge hatte.

Feuersbrand. In der Nacht zu Mittwoch gegen 11 1/2 Uhr entstand in einer Tischlerwerkstatt Klosterstraße 80 ein Feuersbrand. Eine dort an der Decke angebrachte Lampe hatte mit der Zeit einen Balken in Brand gesetzt, den die Feuerwehr mit der Löschmaschine ab- löschte.

Verloren hat am Sonnabend ein Anwärter sein Diktat- buch und ein Mitteilungsbuch des Metallarbeiter-Verbandes, lauter auf die Namen Arthur Sturm. Der Finder wird ersucht, Buch und Karte in der Redaktion der „Volksmacht“ abzugeben.

Wer ist der Fahrtrabekler? Die Kriminal- polizei nahm vor einigen Tagen einen Unterhändler fest, der im Innern der Stadt ein Krad „Stirn“, Nr. 30512, bei dem er noch weder Verkehrslichter noch Karrenschilde und Schutzbleche vor- handen waren, gefahren hatte. Der Eigentümer dieses Rades melde sich im Zimmer 51 des Volkshauses.

Gelunden wurden ein Arbeitersangebuch, zwei Fahrräder, ein Damenkleid, ein wollenes Tuch, ein Dörren, ein Portemonnaie, ein halbes Dutzend Taschentücher, eine Brille im Futteral, ein grau- lederner Geldbeutel mit Inhalt und eine graue Pelzboas.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Verzweiflungskampf eines Zwangsrirren.

Die Irrenhausaffäre des Deuthener Fabrikbesizers und ehemaligen Stadtverordneten Lubedi, die vor einigen Jahren in Verfolg eines Prozesses gegen die „Zeit am Montag“ die Öffentlichkeit lebhaft beschäftigte, wird in der nächsten Zeit ein gerichtliches Nachspiel haben, das dazu bestimmt ist, die Angelegenheit zu einem definitiven Abschluß zu bringen. Lubedi war auf Betreiben seines Bruders, seiner Frau und seines Schwagers in der Irrenanstalt Leubus interniert gewesen und glaubt Grund zu der Annahme zu haben, daß diese Internierung aus eigenmächtigen Motiven erfolgt sei, um ihn geschäfts- unfähig zu machen und ihm dadurch die Verwaltung seines Vermögens zu entziehen. Außerdem behauptet Lubedi, daß er in der Anstalt Leubus ordnungswidrig und gegen die Regeln der Wissenschaft behandelt worden sei. Er unterbreitete sein Material dem Redakteur der „Zeit am Montag“, Karl Schmidt, der auf Grund dieses Materials in seinem Blatte einen Artikel unter der Ueberschrift: „Irrenhausaffäre“ erscheinen ließ und an den Zuständen in der Anstalt Leubus scharfe Kritik übte. Der Artikel behauptete u. a., daß gegen Lubedi Dauerbäder als Strafmittel verordnet wurden, daß er bei einem Besuche des Landeshauptmanns in ein Zimmer gesperrt wurde, damit er sich bei diesem nicht beschweren konnte, und daß Lubedi ins- gesamt fünf Monate lang die Folter des Irrenhauszwanges habe erdulden müssen. Schließlich war in dem Artikel noch von der „samosen Dreifaltigkeit der Ärzte“ gesprochen worden, weil der dirigierende Arzt der Leubuser Anstalt Sohn und Schöte- gerohn zu Assistenten hatte. Nach umfangreicher Beweis- aufnahme gelangte der Gerichtshof zu einer Beurteilung des An- gesagten. Redakteur Schmidt, der sechs Wochen Gefängnis er- hielt. Der Staatsanwalt hatte drei Monate beantragt, dabei aber ausgehen, daß über die Opportunität eines Verfallsnisses, wobei der dirigierende Arzt durch Sohn und Schötegerohn assistiert werde, Zweifel herrschen könne. In der Begründung des Urteils wurde ausgesprochen, daß die Angaben Lubedis auf Grund deren der inframirierte Artikel aufgebaut war, un- richtig seien denn Lubedi sei zuerst seiner Internierung ge- meinschaftlich gestimmt gewesen. Das sei bewiesen durch ein Kollegium von Sachverständigen, wie es besser in der Welt nicht mehr existiere. In diesen Sachverständigen gehörten die Medizinalräte Dr. Leppmann und Schömann sowie der Gehobene Medizinalrat Dr. Meel von der großen Berliner Irrenanstalt Herzberge. In der Urteilsurteil hat Lubedi nimmere energische Anstrengungen gemacht, um den gegen ihn erhobenen Vorwurf der Geisteskrankheit zu entkräften, und es ist ihm auch von verschiedenen Gerichtshöfen, so vom Landgericht Deuthen und Oberlandesgericht Breslau seine geistige Gesundheit attestiert wor- den. In einem vor dem Landgericht Deuthen schwelenden Pro- zess wurde allerdings die Proskribiertheit Lubedis vom Gegner in Frage gestellt, worauf das Landgericht durch Beschluß ein Gutachten von Professor Dr. Mann Breslau einforderte. Dieser Sachverständige hat die völlige geistige Gesundheit des Herrn Lubedi festgestellt, und zwar gerade auf Grund eines früheren Schreibens des Sanitätsrates Meel, der damals noch ausdrücklich konstatiert hatte, daß Lubedi geistig gesund sei. Lubedi führt die für ihn ungünstigen Sachver- ständigen Gutachten in dem Prozesse gegen die „Zeit am Montag“ darauf zurück, daß die Sachverständigen sich auf die Aussagen von Zeugen stützten, die gegen ihn vorgebracht worden oder ein Interesse daran hatten, daß er weiter in der Irrenanstalt interniert bleibe. Lubedi behauptete weiter, es habe sich nun- mehr herausgestellt, daß diese Aussagen falsch waren. Das sei gerichtsmäßig geworden durch Aussagen derselben Zeugen in anderen Prozessen. Als weiteres Material für sich will Lubedi das Krankenjournal der Irrenanstalt Leubus ver- wenden, in dessen Besitz er gekommen ist. Die Registrierung in diesem Journal und die Briefe der Anstalt sollen in Wider- spruch stehen mit den erwiesenen wahren Tatsachen. Auf Grund dieses Materials hat nun Lubedi eine Anzeige wegen Meel- eids und Freiheitsberaubung erstattet, und zwar gegen seine Verwandten bzw. die Ärzte der Anstalt Leubus: Sanitätsrat Meel, Dr. Meel und Oberarzt v. Kunowski.

Neueste Nachrichten.

Stadtverordneten-Wahlfrage.

Breslau, 5. Dezember. Nach 18 Jahren wurden bei der heutigen Stadtverordnetenwahl zum ersten Male wieder sechs sozialdemokratische Kandidaten gewählt. Außerdem wurden drei Genossen als Ersatzmänner gewählt. Der Wahlkampf wurde mit äußerster Hestigkeit geführt.

Detmold, 6. Dezember. Bei den Stadtverordnetenwahlen der dritten Abteilung in Detmold wurden am Montag, den 5. De- zember, zum ersten Male zwei Genossen gewählt.

Tabiau-Wehlan.

Königsberg, 7. Dezember. Der Termin für die Stichwahl in Tabiau-Wehlan, ist nun endgiltig auf den 9. Dezember fest eiegt worden. Noch bis Diensten Abend war man im Wahlkreise selbst ununterrichtet darüber in welchem Tage die Stichwahl stattfinden wird; es hieß sogar, daß die Stichwahl erst 8 Tage später, am 16. Dezember, stattfinden würde. Man glaubt, wie die „Freisinnige Zeitung“ mitteilt, im Wahlkreise angeht die widersprechenden Nachrichten, daß man es auf eine Ueberrumpfung der Liberalen ab- gesehen hatte.

Das amtliche Wahlergebnis der Reichstags-Erstmahl in Tabiau-Wehlan ist folgendes: Angegeben wurden insgesamt 16.448 Stimmen. Davon erhielt der Kandidat a. D. Richard Deutsch- loner (evangel.) 7217, Bürgermeister Baaner (fortschritt. Volkspartei) 5517 und Parteisekretär Linde (Soj.) 3708 Stimmen.

Die vergiftete Margarine.

Berlin, 7. Dezember. In Großstraße, Verwaltungsbezirk Frankfurt a. D. sind 45 Personen nach dem Genusse von Margarine erkrankt, darunter 23 Kinder.

Willkürgerichtsurteile.

Wilhelmshaven, 7. Dezember. Das Kriegsgericht verur- teilte den Obermatrosen Jacob wegen Betrugs militärischer Geheim- nisse zu sechs Jahren Zuchthaus.

Hiel, 7. Dezember. Der Marineminister Gide, der anklagt war, durch Unvorsichtigkeit bei der Fällung einer Akkumulatoren- batterie an Bord des Unterbootes U. 6 eine Explosion herbei- geführt zu haben, die für 45.000 Mark Schaden anrichtete, wurde gestern vom Kriegsgericht freigesprochen.

Die englischen Wahlen.

London, 7. Dezember. Der weitere Stand der Wahlenpartien vom 11. Uhr gestern Abend war folgender: 161 Unionisten, 108 Liberalen, 18 Arbeiterpartei und 27 Nationalisten. Gestern

erhielten die Unionisten einen Sieg, die Liberalen vier und die Nationalisten einen. Die Arbeiterpartei eroberte im Laufe des gestrigen Tages zwei neue Siege. Der Arbeiterminister John Burns wurde in Battersea wiedergewählt.

Schwefel in England.

London, 7. Dezember. Die Schwefelkatastrophe dauert in England immer noch an. Der Schwefelmarkt ist auf welt- lichen Strecken von der Chemie überflutet. Der Preis ist beständig gestiegen. Er ist bereits zwei Mal über den Normalpreis gestiegen. Viele Landhäuser im Eghamdistrikt sind eingestürzt. Die Armenvereine in Gloucester stehen unter Wasser. Meiste Landereien in Wales sind von den Fluten bedeckt. Die neue Brücke über den Dee ist dem Einsturz nahe.

Der Attentäter Briand vor dem Gericht.

Paris, 7. Dezember. Vor dem Pariser Justizpolizeigericht er- schien gestern der monarchistische Richter Lecour wegen seines An- griffes auf Briand am Tage der Enthüllung des Jules Ferry-Denk- mals. Lecour war gestrichelt, hatte seinem Geschäftswerte aber kein, daß diese Gerichtsstelle nicht zuständig sei, da seine Tat mit Vorbe- halt angeklagt worden sei und sein mit voller Macht geführter Schlag gegen das Gesicht des Ministerpräsidenten diesen getroffen habe, als er sich in Ausführung seines Amtes befand. Diese Ta- lachur ertheilte die Kompten des Schwurgerichtes. Das Justizpolizeigericht erklärte sich jedoch für zuständig und verurteilte Lecour zu drei Jahren Gefängnis. Das Urteil wurde von dem draußigen harten Publikum mit lautem „Gott die Republik“ und mit entsprechenden Gegenrufen aufgenommen.

Tast's Botchaft.

Washington, 7. Dezember. Präsident Taft hat in seiner Botchaft an den Nordamerikanischen Kongreß sich für vor- läufiges Haltmachen in der Antinipolgesetzgebung ausgesprochen. Be- züglich des Panamakanals vertritt der Präsident, daß der Kanal vor festgesetzter Zeit, nämlich zum 1. Januar 1915 und innerhalb des festgesetzten Kostenrahmens von 75 Millionen Dollar vollendet sein wird. Taft empfiehlt ferner die Untane von Ver- fassungen und die Festsetzung eines Rates von ein Dollar für die Nettoeinnahme auf alle Handelsüter. Die Botchaft bekämpft indisch die weitere Begründung der Ervandernung nach New York.

Wahlresultate der städtischen Wahlkommissionen. Tabelle mit Spalten für verschiedene Parteien und Kandidaten.

Wassersands-Nachrichten der Oder.

Tabelle mit Spalten für verschiedene Stationen und Wassersandmengen.

Versammlungen und Vereine.

- Gewerkschaftshaus.** Mittwoch, den 7. Dezember. Maurer und Bauhilfsarbeiter. Versammlung im Saale. Arbeiter-Radfahrer. Billardzimmer. Jugendschritte-Ausstellung. Zimmer 1. Schüler-Versammlung. Zimmer 2. Kammer-Versammlung. Zimmer 3. Legilarbeiter. Versammlung. Zimmer 5. Metallarbeiter-Verband. Versammlung im Saale. Jugendschritte-Ausstellung. Zimmer 1. Tapezierer-Verband. Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung. Vortrag von Dr. Landsberg. Zimmer 1. Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Vortragsabende von 6 1/2-9 Uhr im Zimmer 7. Französischer Unterricht. Zimmer 7. Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land)-Neumarkt. Land-Distrikt 5, Bezirke Garkleb, Sietern, Mettenberg und Kleinberg. Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung bei Adel in Garkleb. 1. Vortrag des Genossen Müller. 2. Unsere Weihnachtsfeier. Der Vorsitz führt.
- Land-Distrikt 6, Bezirke Ottasch und Wolfswitz. Montag, den 12. Dezember, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Mitglieder bei Müller in Ottasch. Vortrag des Genossen Th. über „Fortschritte der Sozialdemokratie“. Der Vorsitz führt.
- Land-Distrikt 9 (Schlesien). Donnerstag, den 8. Dezember, Abends 8 Uhr: Mitglieder-Zusammenkunft bei Bajung in Nollscham. Der Vorsitz führt.
- Land-Distrikt 11, Deutsch-Sisa. Sonntag, den 11. Dezember: Flugblatt-Verbreitung. Die Genossen treffen sich bei Polaner um 8 1/2 Uhr. Die Genossen werden ersucht, pünktlich zu erscheinen und ihre Parteipflicht zu erfüllen. Der Vorsitz führt.

Schaukelwitz u. Umg. Öffentliche Volksversammlung. Sonntag, den 11. Dezember, Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Gahwitz in Schaukelwitz. Tagesordnung: 1. Die Volksherrschaft in Preußen und Ausnahmegerichte gegen die Arbeiterklasse. Referent: Reichstagskandidat Schölich-Breslau. 2. Freie Aspache. Eintritt ist frei!

Aus der Geschäftswelt.

Im Inveramente befindet sich heute eine Anzeige der alt-renommierten Firma A. R. Mohr, S. m. b. H. Altona-Bahrenfeld. Diefelbe macht bekannt, daß sie nicht zu verwechseln ist mit der Firma Altonaer Margarine-Werke Mohr u. Co., Altona-Oitenen. Letztere Firma besitzt erst einige Jahre und hat ihr Absatzgebiet nur bei Privaten gesucht, denen sie ihre Fabrikate zu besonders billigen Preisen geliefert hat. Wohin diese feineren billigen Preise führen, sieht man aus den traurigen, überaus zahl- reichen Erkrankungsfällen, die in letzter Zeit vorgekommen sind. Die Firma A. R. Mohr, S. m. b. H. Altona-Bahrenfeld, übernimmt volle Garantie für ihre sämtlichen Fabrikate, die nur in Kolonialwarenhandlungen zu haben sind und von denen besonders die Marken „Siegelin“, „Palmaro“, „Molra“ und „Deol“ sich durch vollständige Butterähnlichkeit auszeichnen.

Auszeichnung für deutsche Fabrikate im Auslande. Auf der Weltausstellung in Buenos Aires hat die Chemische Fabrik Dörfelhoff Altona-Geesthacht, für ihre Fabrikate: „Grolin“, „Küffige Pulver“, „Firin“, „Schubcreme in Dosen“, „Schubcreme in Schraubgläsern“, „Fara“, Metallpulver in Dosen, die goldene Medaille erhalten.

Maurer.

Jeber lebt, Maurer kann sich zu Hause auf billige Weise durch meine brieflichen Unterrichtskurse zum tüchtigen Maler, Bauzeichner u. ausbilden. Für den Unterricht genügt eine Abendstunde täglich. Lehrplan und Näheres kostenfrei. Meldungen unter A. 50 an die Expedition der Volkswacht erbeten. 6206

Sinalco-Grog

(alkoholfrei)

schmeckt wirklich fein.

KIOS - Korprinz 3 Fürsten 4 Welt-Macht 5 Pfg.
Abd. Sekk. Bristol Fleur de Kios

Türk. Tabak- & Cigaretten-Fabrik „Kios“ o. E. Robert Böhma, Dresden.
 Lieferant der französischen Tabak-Regie.

Schulbücher

Schreibmaterialien, Buchausstattungen für Gewerkschaften und Krankenkassen
 finden die Günstigen am besten in der

Buch- und Pap. - Handlung von Fritz Joachim, Hirschstrasse 77.

Wichtigste Anzeiger für die gebildeten Genossen zum Abschluss von
Feuer-, Ver-, Herungen, Lebens-, Kinder- und aller
 anderen Versicherungen.
 Bitte um Abfragen auch von Rückwärts.

Baumkonfekte und Pfefferkuchen

in gebeter Auswahl empfiehlt

Gustav Arnold, Süßwaren- und Conditorenfabrik,
 Gräblichengr. 26 u. Neuböhr. 61.

Urteilen Sie selbst!

1^{te} Kaffee Kessel mindestens: Mk 1,10⁰ ergibt 50-60 Tassen ^{1/10L}
 1^{te} Saman Tee zu Mk 3⁰ ergibt in seinen 2 Aufgüssen 1500⁰ "

2 Pfg = 1 Tasse Kaffee
 2 Pfg = 10 Tassen Saman Tee



Saman Tee

ist demnach 6-10 x billiger als Kaffee

zu haben schon in 10 Pfg-Paketen - ca 30 Tassen ^{1/10L}.

General-Vertretung für Breslau: **Ernst Ruppelt,** Breslau, Bohrauerstrasse 137. Tel. 10803.

Weihnachts- Gratis-Zugabe.

Bei Einkauf von:

1 Pfd. f. Molange-Kaffee à Mk. 1,68 od.
 1 „ f. entölten Kakao à Mk. 2,40
 verleihe ich ein

Schneewittchenhaus
 zur Selbstausstellung sowie viele
 andere prakt. Gegenstände für
 Haushalt usw., deren Verzeichnis
 in meinen Filialen erhältlich ist.
 Niederlage d. Chokoladen-Fabrik

Richard Selbmann

Hühnerstrasse 84
 Friedrich-Wilhelmstrasse 86
 Klosterstrasse 89
 Grapenstrasse 12. [6177]

Ueberzieher, Anzüge, Joppen,

ein. Kosten verk. billig 6007
 Selbmann, Altonaerstraße Nr. 17.

5 Merk Belohnung

benannt, der die Werber nachhaft macht, die die Warnungstafel des „Arbeiter-
 Habitus“ in Groß-Breslau in der Nacht von Mittwoch zu Donnerstag
 im Garten des Herrn Hermann Reichelt herabgerissen und in Junges
 Garten geworfen hat, sobald wir diese gerichtlich belangen können. 6201

Das erste Lebensjahr

von Dr. Silberstein.

Zu beziehen durch die Buchhandlung „Volkswacht“.

ACHTUNG!

Es gibt mehrere Margarine-Fabriken mit dem Namen MOHR. Unsere
 altrenommierte Firma

A. L. Mohr, G. m. b. H., Bahrenfeld,

hat mit den Erkrankungen in Hamburg nichts zu schaffen. Wir liefern
 unsere Ware nur an kaufmännische Geschäfte.

Die Margarine, durch deren Genuss die Erkrankungen vorkamen,
 stammt aus den

Altonaer Margarine-Werken Mohr & Co., Ottensen.

Diese Ware ist in kaufmännischen Geschäften nicht zu haben, sondern
 wird in kleinen Post- und Bahnpaketen mit der Aufschrift:

„Backa“- und „Luisa“-Margarine

mit Umgehung des Zwischenhandels direkt an Private geliefert.

Man verlange in den Geschäften unsere bekannten und beliebten
 Marken, dann erhält man stets eine tadellose, schmackhafte und be-
 kömmliche Margarine. Wir übernehmen für unsere sämtliche Quali-
 täten jede Garantie!

Hochachtungsvoll!

A. L. Mohr,

G. m. b. H.

Bahrenfeld.

Möbel

Gute Waren spottbillig

Abzahlung

Uzuzüge

Ueberzieher,

Kinderwagen

Anzahlung

Nobensache!

Max Biermann

58 Ring 58, 1. Stg.

über der Gasse.

Stille:

Bahrenfeld 1. 641.

und nach auswärts.

Reell!
 Gut!
 Billig!

510



kaufen Sie

Regulatoren,

Freischwinger,

Taschenuhren,

Ketten, Ringe,

Broschen, Ohrringe

etc.

Für jede Uhr 2 Jahre Garantie.

Kostenlos Auswahl.

Reparaturen prompt.

Arnold Rosenthal

Uhrmacher

Neue Schwabstr. 5.

Deutscher Reichstag.

95. Sitzung, Dienstag, den 8. Dezember, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundestisch Dr. Delbrück.

Zweite Lesung des Arbeitskammergesetzes.

Die Beratung wird fortgesetzt beim § 2, der den Zweck der Arbeitskammer festlegt. Sie sollen die gemeinsamen gewerblichen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer...

Abg. Wang (Vp.) befragt einen vom Abg. Bömelburg (Soz.) begründeten Antrag der Sozialdemokraten, der die Verlegung der Arbeitskammer nach Berlin vorschlägt.

Abg. Bömelburg (Soz.) beantragt Streichung dieses Paragraphen.

Abg. Wang (Vp.) empfiehlt Beibehaltung, gerade damit die Arbeitskammer ein Friedensinstrument bleibt.

Auf Antrag der Sozialdemokraten nach der Begriffsbestimmung des „einzelnen Betriebs“ erklärt...

Abg. Gue (Soz.) meint, man wolle also die Großbetriebe von den „Segnungen“ dieses Gesetzes ausschließen.

§ 7 bestimmt die Zuständigkeit der Arbeitskammer auf die einzelnen Personengruppen. Die Kommission hat die Zuständigkeit auf die Eisenbahnarbeiter ausgedehnt.

Abg. Jrl (Ztr.) beantragt, ausdrücklich festzulegen, daß nur seßhafte Personen unter das Gesetz fallen.

Abg. Dr. Voithoff (Fortfchr. Vp.) bittet, die Eisenbahnarbeiter im Rahmen dieses Gesetzes festzuhalten.

Abg. Dr. Voithoff (Fortfchr. Vp.) bittet, die Eisenbahnarbeiter im Rahmen dieses Gesetzes festzuhalten.

Abg. Dr. Voithoff (Fortfchr. Vp.) bittet, die Eisenbahnarbeiter im Rahmen dieses Gesetzes festzuhalten.

Abg. Dr. Voithoff (Fortfchr. Vp.) bittet, die Eisenbahnarbeiter im Rahmen dieses Gesetzes festzuhalten.

Abg. Dr. Voithoff (Fortfchr. Vp.) bittet, die Eisenbahnarbeiter im Rahmen dieses Gesetzes festzuhalten.

Abg. Dr. Voithoff (Fortfchr. Vp.) bittet, die Eisenbahnarbeiter im Rahmen dieses Gesetzes festzuhalten.

Abg. Dr. Voithoff (Fortfchr. Vp.) bittet, die Eisenbahnarbeiter im Rahmen dieses Gesetzes festzuhalten.

Abg. Dr. Voithoff (Fortfchr. Vp.) bittet, die Eisenbahnarbeiter im Rahmen dieses Gesetzes festzuhalten.

Abg. Dr. Voithoff (Fortfchr. Vp.) bittet, die Eisenbahnarbeiter im Rahmen dieses Gesetzes festzuhalten.

Abg. Dr. Voithoff (Fortfchr. Vp.) bittet, die Eisenbahnarbeiter im Rahmen dieses Gesetzes festzuhalten.

Abg. Dr. Voithoff (Fortfchr. Vp.) bittet, die Eisenbahnarbeiter im Rahmen dieses Gesetzes festzuhalten.

Abg. Dr. Voithoff (Fortfchr. Vp.) bittet, die Eisenbahnarbeiter im Rahmen dieses Gesetzes festzuhalten.

Abg. Dr. Voithoff (Fortfchr. Vp.) bittet, die Eisenbahnarbeiter im Rahmen dieses Gesetzes festzuhalten.

Abg. Dr. Voithoff (Fortfchr. Vp.) bittet, die Eisenbahnarbeiter im Rahmen dieses Gesetzes festzuhalten.

Eisenbahnarbeiter. Wird dieser von der Kommission eingeleitete Abschnitt angenommen, dann müssen wir das ganze Gesetz ablehnen.

Abg. Schwabach (natl.): Meine politischen Freunde sind damit einverstanden, daß die Eisenbahnarbeiter aus dem Gesetz herausbleiben.

Abg. Schwabach (natl.): Meine politischen Freunde sind damit einverstanden, daß die Eisenbahnarbeiter aus dem Gesetz herausbleiben.

Abg. Schwabach (natl.): Meine politischen Freunde sind damit einverstanden, daß die Eisenbahnarbeiter aus dem Gesetz herausbleiben.

Abg. Schwabach (natl.): Meine politischen Freunde sind damit einverstanden, daß die Eisenbahnarbeiter aus dem Gesetz herausbleiben.

Abg. Schwabach (natl.): Meine politischen Freunde sind damit einverstanden, daß die Eisenbahnarbeiter aus dem Gesetz herausbleiben.

Abg. Schwabach (natl.): Meine politischen Freunde sind damit einverstanden, daß die Eisenbahnarbeiter aus dem Gesetz herausbleiben.

Abg. Schwabach (natl.): Meine politischen Freunde sind damit einverstanden, daß die Eisenbahnarbeiter aus dem Gesetz herausbleiben.

Abg. Schwabach (natl.): Meine politischen Freunde sind damit einverstanden, daß die Eisenbahnarbeiter aus dem Gesetz herausbleiben.

Abg. Schwabach (natl.): Meine politischen Freunde sind damit einverstanden, daß die Eisenbahnarbeiter aus dem Gesetz herausbleiben.

Abg. Schwabach (natl.): Meine politischen Freunde sind damit einverstanden, daß die Eisenbahnarbeiter aus dem Gesetz herausbleiben.

Abg. Schwabach (natl.): Meine politischen Freunde sind damit einverstanden, daß die Eisenbahnarbeiter aus dem Gesetz herausbleiben.

Abg. Schwabach (natl.): Meine politischen Freunde sind damit einverstanden, daß die Eisenbahnarbeiter aus dem Gesetz herausbleiben.

Abg. Schwabach (natl.): Meine politischen Freunde sind damit einverstanden, daß die Eisenbahnarbeiter aus dem Gesetz herausbleiben.

Abg. Schwabach (natl.): Meine politischen Freunde sind damit einverstanden, daß die Eisenbahnarbeiter aus dem Gesetz herausbleiben.

Abg. Schwabach (natl.): Meine politischen Freunde sind damit einverstanden, daß die Eisenbahnarbeiter aus dem Gesetz herausbleiben.

Abg. Schwabach (natl.): Meine politischen Freunde sind damit einverstanden, daß die Eisenbahnarbeiter aus dem Gesetz herausbleiben.

Abg. Schwabach (natl.): Meine politischen Freunde sind damit einverstanden, daß die Eisenbahnarbeiter aus dem Gesetz herausbleiben.

Abg. Schwabach (natl.): Meine politischen Freunde sind damit einverstanden, daß die Eisenbahnarbeiter aus dem Gesetz herausbleiben.

Abg. Schwabach (natl.): Meine politischen Freunde sind damit einverstanden, daß die Eisenbahnarbeiter aus dem Gesetz herausbleiben.

Abg. Schwabach (natl.): Meine politischen Freunde sind damit einverstanden, daß die Eisenbahnarbeiter aus dem Gesetz herausbleiben.

Abg. Schwabach (natl.): Meine politischen Freunde sind damit einverstanden, daß die Eisenbahnarbeiter aus dem Gesetz herausbleiben.

Abg. Schwabach (natl.): Meine politischen Freunde sind damit einverstanden, daß die Eisenbahnarbeiter aus dem Gesetz herausbleiben.

Abg. Schwabach (natl.): Meine politischen Freunde sind damit einverstanden, daß die Eisenbahnarbeiter aus dem Gesetz herausbleiben.

Abg. Schwabach (natl.): Meine politischen Freunde sind damit einverstanden, daß die Eisenbahnarbeiter aus dem Gesetz herausbleiben.

Abg. Schwabach (natl.): Meine politischen Freunde sind damit einverstanden, daß die Eisenbahnarbeiter aus dem Gesetz herausbleiben.

Abg. Schwabach (natl.): Meine politischen Freunde sind damit einverstanden, daß die Eisenbahnarbeiter aus dem Gesetz herausbleiben.

Abg. Schwabach (natl.): Meine politischen Freunde sind damit einverstanden, daß die Eisenbahnarbeiter aus dem Gesetz herausbleiben.

Abg. Schwabach (natl.): Meine politischen Freunde sind damit einverstanden, daß die Eisenbahnarbeiter aus dem Gesetz herausbleiben.

Abg. Schwabach (natl.): Meine politischen Freunde sind damit einverstanden, daß die Eisenbahnarbeiter aus dem Gesetz herausbleiben.

Abg. Schwabach (natl.): Meine politischen Freunde sind damit einverstanden, daß die Eisenbahnarbeiter aus dem Gesetz herausbleiben.

Abg. Schwabach (natl.): Meine politischen Freunde sind damit einverstanden, daß die Eisenbahnarbeiter aus dem Gesetz herausbleiben.

Abg. Schwabach (natl.): Meine politischen Freunde sind damit einverstanden, daß die Eisenbahnarbeiter aus dem Gesetz herausbleiben.

Abg. Schwabach (natl.): Meine politischen Freunde sind damit einverstanden, daß die Eisenbahnarbeiter aus dem Gesetz herausbleiben.

Abg. Schwabach (natl.): Meine politischen Freunde sind damit einverstanden, daß die Eisenbahnarbeiter aus dem Gesetz herausbleiben.

Abg. Schwabach (natl.): Meine politischen Freunde sind damit einverstanden, daß die Eisenbahnarbeiter aus dem Gesetz herausbleiben.

Abg. Schwabach (natl.): Meine politischen Freunde sind damit einverstanden, daß die Eisenbahnarbeiter aus dem Gesetz herausbleiben.

Abg. Schwabach (natl.): Meine politischen Freunde sind damit einverstanden, daß die Eisenbahnarbeiter aus dem Gesetz herausbleiben.

Abg. Schwabach (natl.): Meine politischen Freunde sind damit einverstanden, daß die Eisenbahnarbeiter aus dem Gesetz herausbleiben.

Abg. Schwabach (natl.): Meine politischen Freunde sind damit einverstanden, daß die Eisenbahnarbeiter aus dem Gesetz herausbleiben.

Abg. Schwabach (natl.): Meine politischen Freunde sind damit einverstanden, daß die Eisenbahnarbeiter aus dem Gesetz herausbleiben.

Abg. Schwabach (natl.): Meine politischen Freunde sind damit einverstanden, daß die Eisenbahnarbeiter aus dem Gesetz herausbleiben.

Der erste Zeuge ist der Arbeiter Well Schmidt. Nach seinen eigenen Angaben haben die Streikenden ihn aufgefressen, in das Lokal mitzunehmen, man würde ihm dort andere Arbeit verschaffen.

Der erste Zeuge ist der Arbeiter Well Schmidt. Nach seinen eigenen Angaben haben die Streikenden ihn aufgefressen, in das Lokal mitzunehmen, man würde ihm dort andere Arbeit verschaffen.

Der erste Zeuge ist der Arbeiter Well Schmidt. Nach seinen eigenen Angaben haben die Streikenden ihn aufgefressen, in das Lokal mitzunehmen, man würde ihm dort andere Arbeit verschaffen.

Der erste Zeuge ist der Arbeiter Well Schmidt. Nach seinen eigenen Angaben haben die Streikenden ihn aufgefressen, in das Lokal mitzunehmen, man würde ihm dort andere Arbeit verschaffen.

Der erste Zeuge ist der Arbeiter Well Schmidt. Nach seinen eigenen Angaben haben die Streikenden ihn aufgefressen, in das Lokal mitzunehmen, man würde ihm dort andere Arbeit verschaffen.

Der erste Zeuge ist der Arbeiter Well Schmidt. Nach seinen eigenen Angaben haben die Streikenden ihn aufgefressen, in das Lokal mitzunehmen, man würde ihm dort andere Arbeit verschaffen.

Der erste Zeuge ist der Arbeiter Well Schmidt. Nach seinen eigenen Angaben haben die Streikenden ihn aufgefressen, in das Lokal mitzunehmen, man würde ihm dort andere Arbeit verschaffen.

Der erste Zeuge ist der Arbeiter Well Schmidt. Nach seinen eigenen Angaben haben die Streikenden ihn aufgefressen, in das Lokal mitzunehmen, man würde ihm dort andere Arbeit verschaffen.

Der erste Zeuge ist der Arbeiter Well Schmidt. Nach seinen eigenen Angaben haben die Streikenden ihn aufgefressen, in das Lokal mitzunehmen, man würde ihm dort andere Arbeit verschaffen.

Der erste Zeuge ist der Arbeiter Well Schmidt. Nach seinen eigenen Angaben haben die Streikenden ihn aufgefressen, in das Lokal mitzunehmen, man würde ihm dort andere Arbeit verschaffen.

Der erste Zeuge ist der Arbeiter Well Schmidt. Nach seinen eigenen Angaben haben die Streikenden ihn aufgefressen, in das Lokal mitzunehmen, man würde ihm dort andere Arbeit verschaffen.

Der erste Zeuge ist der Arbeiter Well Schmidt. Nach seinen eigenen Angaben haben die Streikenden ihn aufgefressen, in das Lokal mitzunehmen, man würde ihm dort andere Arbeit verschaffen.

Der erste Zeuge ist der Arbeiter Well Schmidt. Nach seinen eigenen Angaben haben die Streikenden ihn aufgefressen, in das Lokal mitzunehmen, man würde ihm dort andere Arbeit verschaffen.

Der erste Zeuge ist der Arbeiter Well Schmidt. Nach seinen eigenen Angaben haben die Streikenden ihn aufgefressen, in das Lokal mitzunehmen, man würde ihm dort andere Arbeit verschaffen.

Der erste Zeuge ist der Arbeiter Well Schmidt. Nach seinen eigenen Angaben haben die Streikenden ihn aufgefressen, in das Lokal mitzunehmen, man würde ihm dort andere Arbeit verschaffen.

Der erste Zeuge ist der Arbeiter Well Schmidt. Nach seinen eigenen Angaben haben die Streikenden ihn aufgefressen, in das Lokal mitzunehmen, man würde ihm dort andere Arbeit verschaffen.

Der erste Zeuge ist der Arbeiter Well Schmidt. Nach seinen eigenen Angaben haben die Streikenden ihn aufgefressen, in das Lokal mitzunehmen, man würde ihm dort andere Arbeit verschaffen.

Der erste Zeuge ist der Arbeiter Well Schmidt. Nach seinen eigenen Angaben haben die Streikenden ihn aufgefressen, in das Lokal mitzunehmen, man würde ihm dort andere Arbeit verschaffen.

Der erste Zeuge ist der Arbeiter Well Schmidt. Nach seinen eigenen Angaben haben die Streikenden ihn aufgefressen, in das Lokal mitzunehmen, man würde ihm dort andere Arbeit verschaffen.

Der erste Zeuge ist der Arbeiter Well Schmidt. Nach seinen eigenen Angaben haben die Streikenden ihn aufgefressen, in das Lokal mitzunehmen, man würde ihm dort andere Arbeit verschaffen.

Der erste Zeuge ist der Arbeiter Well Schmidt. Nach seinen eigenen Angaben haben die Streikenden ihn aufgefressen, in das Lokal mitzunehmen, man würde ihm dort andere Arbeit verschaffen.

Der erste Zeuge ist der Arbeiter Well Schmidt. Nach seinen eigenen Angaben haben die Streikenden ihn aufgefressen, in das Lokal mitzunehmen, man würde ihm dort andere Arbeit verschaffen.

Der erste Zeuge ist der Arbeiter Well Schmidt. Nach seinen eigenen Angaben haben die Streikenden ihn aufgefressen, in das Lokal mitzunehmen, man würde ihm dort andere Arbeit verschaffen.

Der erste Zeuge ist der Arbeiter Well Schmidt. Nach seinen eigenen Angaben haben die Streikenden ihn aufgefressen, in das Lokal mitzunehmen, man würde ihm dort andere Arbeit verschaffen.

Der erste Zeuge ist der Arbeiter Well Schmidt. Nach seinen eigenen Angaben haben die Streikenden ihn aufgefressen, in das Lokal mitzunehmen, man würde ihm dort andere Arbeit verschaffen.

Der erste Zeuge ist der Arbeiter Well Schmidt. Nach seinen eigenen Angaben haben die Streikenden ihn aufgefressen, in das Lokal mitzunehmen, man würde ihm dort andere Arbeit verschaffen.

Der erste Zeuge ist der Arbeiter Well Schmidt. Nach seinen eigenen Angaben haben die Streikenden ihn aufgefressen, in das Lokal mitzunehmen, man würde ihm dort andere Arbeit verschaffen.

Der erste Zeuge ist der Arbeiter Well Schmidt. Nach seinen eigenen Angaben haben die Streikenden ihn aufgefressen, in das Lokal mitzunehmen, man würde ihm dort andere Arbeit verschaffen.

Der erste Zeuge ist der Arbeiter Well Schmidt. Nach seinen eigenen Angaben haben die Streikenden ihn aufgefressen, in das Lokal mitzunehmen, man würde ihm dort andere Arbeit verschaffen.

Der erste Zeuge ist der Arbeiter Well Schmidt. Nach seinen eigenen Angaben haben die Streikenden ihn aufgefressen, in das Lokal mitzunehmen, man würde ihm dort andere Arbeit verschaffen.

Der erste Zeuge ist der Arbeiter Well Schmidt. Nach seinen eigenen Angaben haben die Streikenden ihn aufgefressen, in das Lokal mitzunehmen, man würde ihm dort andere Arbeit verschaffen.

Der erste Zeuge ist der Arbeiter Well Schmidt. Nach seinen eigenen Angaben haben die Streikenden ihn aufgefressen, in das Lokal mitzunehmen, man würde ihm dort andere Arbeit verschaffen.

Der erste Zeuge ist der Arbeiter Well Schmidt. Nach seinen eigenen Angaben haben die Streikenden ihn aufgefressen, in das Lokal mitzunehmen, man würde ihm dort andere Arbeit verschaffen.

Der erste Zeuge ist der Arbeiter Well Schmidt. Nach seinen eigenen Angaben haben die Streikenden ihn aufgefressen, in das Lokal mitzunehmen, man würde ihm dort andere Arbeit verschaffen.

Der erste Zeuge ist der Arbeiter Well Schmidt. Nach seinen eigenen Angaben haben die Streikenden ihn aufgefressen, in das Lokal mitzunehmen, man würde ihm dort andere Arbeit verschaffen.

Der erste Zeuge ist der Arbeiter Well Schmidt. Nach seinen eigenen Angaben haben die Streikenden ihn aufgefressen, in das Lokal mitzunehmen, man würde ihm dort andere Arbeit verschaffen.

Der erste Zeuge ist der Arbeiter Well Schmidt. Nach seinen eigenen Angaben haben die Streikenden ihn aufgefressen, in das Lokal mitzunehmen, man würde ihm dort andere Arbeit verschaffen.

Der erste Zeuge ist der Arbeiter Well Schmidt. Nach seinen eigenen Angaben haben die Streikenden ihn aufgefressen, in das Lokal mitzunehmen, man würde ihm dort andere Arbeit verschaffen.

Der erste Zeuge ist der Arbeiter Well Schmidt. Nach seinen eigenen Angaben haben die Streikenden ihn aufgefressen, in das Lokal mitzunehmen, man würde ihm dort andere Arbeit verschaffen.

Der erste Zeuge ist der Arbeiter Well Schmidt. Nach seinen eigenen Angaben haben die Streikenden ihn aufgefressen, in das Lokal mitzunehmen, man würde ihm dort andere Arbeit verschaffen.

Der erste Zeuge ist der Arbeiter Well Schmidt. Nach seinen eigenen Angaben haben die Streikenden ihn aufgefressen, in das Lokal mitzunehmen, man würde ihm dort andere Arbeit verschaffen.

Der erste Zeuge ist der Arbeiter Well Schmidt. Nach seinen eigenen Angaben haben die Streikenden ihn aufgefressen, in das Lokal mitzunehmen, man würde ihm dort andere Arbeit verschaffen.

Der Moabiter Prozeß.

Berlin, 5. Dezember.

Im Montag wird zunächst der Fall Pilz verhandelt. Es ist das ein Clou der Anklage. Pilz ist der Schankwirt, in dessen Lokal anfangs der Sitz des Streikkomitees war.

Der Anklage war dieses Lokal gewissermaßen ein Herd der Revolution. Die armen Arbeitswilligen wurden in dieses Lokal geschleppt, dort vor eine Art Zengergericht gestellt, an dem Leben bedroht, falls sie die Arbeit nicht niederlegen würden.

und zum Teil auch aus schwerer Mißhandlung. Die Jugendrechnung ergab ein wesentlich anderes Bild.

Aus aller Welt.

Schweres Eisenbahnunglück. Ueber das Eisenbahnunglück bei Wilsleben werden jetzt folgende wahrhaft graufige Einzelheiten bekannt: Wie bis jetzt festgestellt, wurden bei der Zugkollision ein Mann getötet und 76 Personen erheblich verletzt.

Es sind 52 andere Passagiere erlitten leichtere Verletzungen. Die Ursache der Katastrophe ist noch nicht genau festgestellt.

Der Führer des Expresszuges, der in den halben Zug einführte, erklärte, daß die Signale auf „freie Fahrt“ gestanden hätten, doch hat man dies noch nicht genau feststellen können.

Bei der Einfahrt in den Bahnhof befindet sich eine starke Kurve, die es dem Zugführer eines in den Bahnhof einfahrenden Zuges unmöglich macht, den Bahnhof einige Zeit schon vorher zu sehen.

Auch der Führer des Expresszuges halte den Bahnhofsleiter nicht jeden können, bis er dort davorstand. Der Lokführer hätte den Bahnhofsleiter bereits verlassen haben müssen.

Er stand bereits acht Minuten über seine Zeit auf dem Geleise des Bahnhofes und war zur festgesetzten Abfahrtszeit nicht abgefahren, weil Bahnhofsinspektoren die Abfahrtskarten prüften.

Er war überfüllt und in den letzten beiden Personenwagen standen in jedem Abteil an zehn Personen außer den Eigenden. Eine Menge Passagiere standen noch auf dem Bahnsteig.

Den Schluß des Zuges bildete ein Bremswagen. Plötzlich erblitten die auf dem Bahnsteig stehenden Personen den mit voller Geschwindigkeit auf denselben Bahnsteig heranrollenden Zug in etwa nur 60 Meter Entfernung.

Der Schnellzug wollte mit gewöhnlicher Geschwindigkeit durch den Bahnhof durchfahren. Einige sprangen sofort vom stehenden Zuge herunter und flohen nach den Warteflächen; andere starrten den heranrollenden Zug wie hypnotisiert an und konnten sich nicht von der Stelle rühren.

Der Zugführer des Schnellzuges gab wohl sofort Gegendampf, doch es war bereits zu spät. In der nächsten Sekunde trachete die Schnellzuglokomotive durch den Bremswagen hindurch und in den überfüllten letzten Personenwagen hinein.

Dieser wurde vollständig und der vordere, auf diesen folgende Personenwagen fast total zerstört. In das Krachen des Holzes und der Eisenteile mischten sich die Entschensschreie der Verletzten aus den Trümmern. Große Massen Blut flossen auf dem Bahnsteig und unter den Trümmern hervor.

Viele der Passagiere aus dem vorderen Teil des Zuges, die aus demselben abgefahren, oder noch auf dem Bahnsteig gestanden hatten, fanden wie erstarrt und blüden mit dem Götzen am Kopf wie betäubt auf die Schreckenszene. Von den Passagieren in den beiden letzten Wagen des Personenzuges, der in

der Station hielt und in den der Schnellzug hineinrühr, ist kaum einer unverletzt; die meisten sind schwer verletzt. 15 Schwerverletzte mußten sofort in das Hospital gebracht werden.

28 sind davon so schwer verletzt, daß sie, da sie nicht transportfähig waren, dort bleiben mußten. Aus dem Schnellzuge wurden nur 11 Passagiere meist leichter verletzt.

Schrecklich erlitten das Wechselschrei der in den Trümmern begraben liegenden Personen. Miesbach mußte erst Wagenente weggebrochen oder abgefahren werden, ehe man zu diesen Unglücklichen gelangen konnte.

Es vergingen Stunden, bevor man die letzten Verletzten besorgen konnte.

Die militärische Ehrenacht im Landwehrbezirk Wilsleben a. N. ruhr hat gegen den Rechtsanwalt und Notar Dammann aus Oberhausen an seiner Eigenschaft als Oberleutnant der Landwehr auf Entlassung mit schärfstem Abschied erkannt, weil er einen anderen Reserveoffizier, der ihn brieflich beleidigt hatte, nicht zum Duell herausgefordert hat.

Dieser andere unterstellte. Er erklärte sich später und dabei stellte sich heraus, daß er auch noch andere Verbrechen, Unterschlagungen und Wechselschlagungen begangen hatte. Trodem wurde der ehrenrührliche Versuch gegen den Rechtsanwalt Dammann bestätigt.

Der aus dem Offiziersstand Angehörige, dem auch vorwerfen worden war, daß er mit dem Kaufmann R. in einem nicht einwandfreien Geschäftsverkehr gestanden habe, beantragte dann beim Oberlandesgerichtspräsidenten in Düsseldorf die Entlassung eines Disziplinarverfahrens gegen sich selbst.

Sowohl diese Verbrechen, als auch die Anwaltskammer teilte ihm jedoch mit, daß nach den angeführten Ermittlungen weder zu einem ehrenrührlichen, noch zu einem Disziplinarverfahren Anlaß vorliege. Rechtsanwalt Dammann wurde also als Offizier kassiert, weil er es unterließ, sich mit einem notorischen Betrüger zu duellieren.

Wieder ein „verbürgetes“ Wunder. Und einem trischen Nonnenkloster wird wieder ein Wunder berichtet, das bald der ganz frommen katholischen Christenheit als „verbürgt“ mitgeteilt werden dürfte.

Es handelt sich um ein Kind, das „die Symbole der Heiligen-geschichte Christi trägt“. Ein 13 Jahre altes Mädchen, ein Häßling des Instants, wird als ein geliebtes und liebes Kind bezeichnet, das der Abgott der Nonnen ist.

Vor ungefähr drei Wochen hörten die Schwestern eines Klosters das Kind schreien und auf ihre Fragen hörten sie, daß das Kind einen Traum gehabt hätte, in welchem es Christus am Kreuze sah, als er von einem jüdischen Soldaten mit der Lanze in die Seite gestoßen wurde.

Die Nonnen beruhigten das Kind, das bald darauf auch wieder einschlief. Am anderen Morgen klachte das Kind über Schmerzen im Handgelenk und in den Armen und

bei näherer Untersuchung wurde festgestellt, daß der Vorderarm des Kindes mit einem roten Kreuz und den darunter liegenden Buchstaben I. H. S. bedeckt war. Einige Tage später erschien unter dem Buchstaben eine Dornenkrone, später über dem Kreuz eine Dornenkrone.

Im Verlaufe einiger Tage wurde unter der Dornenkrone ein Netz mit einer darüber schwebenden Spitze entdeckt, die rote Strahlen ausstrahlte und bald darauf zeigte sich eine Blumen-zeichnung mit dem Worte „Vita“.

Die Erscheinung wurde vom Vater O'Hara, Kilmaab und Dr. Madden untersucht und letzterer sagt, daß die Zeichen nicht selbst beigebracht sein können. Eine „sozialistische Unternehmung“ wird von kirchlichen Autoritäten vorgenommen, die in Urteil später abgeben werden.

Die kirchlichen Autoritäten sind freilich die einzig richtigen Leute für eine solche Untersuchung.

Eine Million Rubel unterschlagen. Die Petersburger Geheimpolizei ist eines gefährlichen Schachspieles jetzt habhaft geworden, von dem bekannt ist, daß er über eine Million Rubel unterschlagen hat.

Er gehört diesmal nicht zur Polizei selbst, sondern ist der Kaufmann Chochlom aus Wensa. Er begann auf der Alexander-Brotfabrik in Kiew seine kaufmännische Karriere und erzielte wenige Jahre später als Vertrauensspion die Leitung der Filiale der Fabrik in Saratow.

Dort heiratete er und begann auf sehr großem Fuße zu leben. Chochlom hatte neben der Brotfabrik eine Reihe anderer Vertretungen. Da sein Leben in weiten Kreisen aufblühte, so wurde eine Revision der Bücher vorgenommen. Dabei wurden Unterschlagungen von mehreren hunderttausend Rubeln festgestellt.

Dieselbe Entdeckung machten andere Firmen. Chochlom war vor der Revision rechtzeitig ins Ausland geflohen, wo er mit seiner Frau unter angenommenem Namen einige Zeit auf sehr großem Fuße lebte.

Durch Zufall wurde Chochlom erkannt und der Polizei angeklagt. Er legte sofort ein umfangreiches Einkommen ab. Obgleich Chochlom kassierte, alles Geld verbrachte zu haben, herrscht hier die allgemeine Überzeugung, daß er den größten Teil der unterschlagenen Kapitalien in ein ausländisches Bank auf den Namen seiner Frau deponiert hat.

Verurteilte Mörder im Nonnenkloster. In dem Frauenkloster von Ghari bei Brescia trug sich ein Verbrechen zu, das selbst an die berühmte Episode aus Schillers „Räubern“ erinnert. Die Nonnen sagten in ihrem Schwärmer, als plötzlich einige verurteilte Männer durch das Fenster eintraten und in die Betten einbrachen.

Sie verachteten die Nonnen zu überwinden, die sich verzweifelt mit Händen und Füßen wehrten. Inzwischen gelang es der obigen Mörderin, die Mörder zu überwinden, die sich verzweifelt mit Händen und Füßen wehrten.

Inzwischen gelang es der obigen Mörderin, die Mörder zu überwinden, die sich verzweifelt mit Händen und Füßen wehrten. Inzwischen gelang es der obigen Mörderin, die Mörder zu überwinden, die sich verzweifelt mit Händen und Füßen wehrten.

Inzwischen gelang es der obigen Mörderin, die Mörder zu überwinden, die sich verzweifelt mit Händen und Füßen wehrten. Inzwischen gelang es der obigen Mörderin, die Mörder zu überwinden, die sich verzweifelt mit Händen und Füßen wehrten.

Inzwischen gelang es der obigen Mörderin, die Mörder zu überwinden, die sich verzweifelt mit Händen und Füßen wehrten. Inzwischen gelang es der obigen Mörderin, die Mörder zu überwinden, die sich verzweifelt mit Händen und Füßen wehrten.

Inzwischen gelang es der obigen Mörderin, die Mörder zu überwinden, die sich verzweifelt mit Händen und Füßen wehrten. Inzwischen gelang es der obigen Mörderin, die Mörder zu überwinden, die sich verzweifelt mit Händen und Füßen wehrten.

Inzwischen gelang es der obigen Mörderin, die Mörder zu überwinden, die sich verzweifelt mit Händen und Füßen wehrten. Inzwischen gelang es der obigen Mörderin, die Mörder zu überwinden, die sich verzweifelt mit Händen und Füßen wehrten.

Fortsetzung des Provinz-Bezugsquellen-Verzeichnisses

Advertisement for various goods and services across different regions including Altwasser, Dittersbach, and others. Lists names of businesses and their products.

Advertisement for 'Leopold Birkholz' featuring 'Unsorierte Vorstenlanden' and '10 Stück 50 Pf.' with a list of addresses.

Large advertisement for 'PENSIL' and 'Waschmittel' (laundry detergent) by Henkel & Co., Düsseldorf. Includes 'Die Gleichheit' slogan.

Advertisement for 'Weihnachts-Geschenke' (Christmas gifts) by Alfred Herzog, Jeweller and Goldsmith, in Breslau.

Advertisement for 'Alte Frauen Spülspritzen' (old women's sprayers) with technical details and contact information.

Advertisement for 'la. Schweine-Kleinfleisch' (pork) and 'Die Gleichheit' (equality) slogan.

Table of numbers for the 223. Königl. Preuss. Klassenlotterie, 5th class, 23rd drawing, 5th December 1910.

Table of numbers for the 223. Königl. Preuss. Klassenlotterie, 5th class, 23rd drawing, 5th December 1910.

Table of numbers for the 223. Königl. Preuss. Klassenlotterie, 5th class, 23rd drawing, 5th December 1910.